

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
<b>PRÄSIDIUM</b>	
Bayerisches Kabinett tagte am 5. Juli 2016 in Alzenau .....	2
Vorbereitung auf die Rechtspraxis und Werben um juristischen Nachwuchs .....	3
Die Regierung von Unterfranken, eine familienfreundliche Behörde .....	4
Baustelle Peterplatz .....	5
<b>SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES</b>	
Neue Herausforderungen in der Asylbewerberunterbringung .....	6
Sicherheit im Bereich Asylbewerberunterbringung .....	8
Digital funken über den Wolken – Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt.....	9
Fachtage 2016 in der Alten- und Behindertenhilfe.....	10
<b>WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>	
Förderung und Finanzierung kommunaler Energieprojekte.....	11
Elektromobilität – Konzepte und praktische Umsetzung in den Kommunen .....	12
Migration und Integration im ländlichen Raum.....	13
Energiewende in Unterfranken.....	14
Eröffnung Technologie- und Gründerzentrum Würzburg (TGZ) am Hubland.....	15
<b>PLANUNG UND BAU</b>	
Neubau Beschussamt Mellrichstadt – eine Einrichtung mit Weltruf .....	16
Größte Feuerwehr-Übungshalle Deutschlands.....	17
Bundesverkehrswegeplan 2030 – Auswirkungen auf den Straßenbau in Unterfranken .....	18
Tag der Städtebauförderung 2016 .....	19
Wohnraumförderung „An der alten Landebahn“ im neuen Stadtteil Hubland.....	20
<b>SCHULEN</b>	
Regierung von Unterfranken unterstützt praxisorientierte Schülerwettbewerbe .....	21
„Extraportion Bildung in den Ferien“ .....	22
Unterstützung der Lehrkräfte im Umgang mit religiöser Vielfalt und der Prävention vor religiös begründeter Ideologisierung.....	24
Der Deutsche Krieg 1866.....	25
<b>UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>	
Miltenberg: Hochwasserschutz und städtebauliche Entwicklung gehen Hand in Hand .....	26
Seltene Art hilft seltenen Arten .....	28
Das Trocken- und Hitzejahr 2015: Extremjahr oder Normaljahr im 21. Jahrhundert .....	29
Jubiläum im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön: Wir sind 25! .....	30
<b>GEWERBEAUF SICHTSAMT</b>	
Gewerbeaufsicht überprüfte Arbeitszeiten im Hotel- und Gastgewerbe mit positivem Ergebnis.....	31
Gefahrguttransport im Gesundheitswesen .....	32
Des einen Freud, des anderen Leid .....	33
Arbeitsschutz auf der Großbaustelle A 3 .....	34
Sicher rauf und runter .....	35
<b>ORGANISATIONSPLAN</b> .....	36
<b>BILDNACHWEIS</b> .....	37
<b>IMPRESSUM</b> .....	38



Liebe Leserinnen und Leser,

blickt man auf das Jahr 2016 zurück, so sind uns medial neben Unwetter- und Naturkatastrophen vor allem noch die Konflikte in Syrien und der Ukraine und der tägliche und leidvolle Terror des Nahen und Mittleren Ostens in Erinnerung. Anschläge in Würzburg, Ansbach und auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin, die weltweit Beachtung fanden, haben uns drastisch vor Augen geführt, dass der international agierende Terrorismus mittlerweile auch bei uns angekommen ist. Zum Schutz unserer inneren Sicherheit gilt es darauf entschlossen, aber auch mit Augenmaß zu reagieren. Der Behördenselbstschutz, die Sensibilisierung der Unterkunftsverwaltungen, aber auch der Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Der aktuelle Jahresblick widmet sich diesem Thema an verschiedenen Stellen (Seiten 6, 8, 24).

Der Bayerische Ministerrat hat am 5. Juli 2016 in Alzenau (Landkreis Aschaffenburg) wichtige Impulse für die weitere Entwicklung in Unterfranken gesetzt. Mit einer Reihe von Maßnahmen ist die Bayerische Staatsregierung bestrebt, die Entwicklung Unterfrankens auch in Zukunft weiter voranzutreiben und gezielt zu unterstützen (siehe dazu den Beitrag auf Seite 2). Aufgrund gemeinsamer Anstrengungen unter Einbeziehung der politischen Vertreter der Region in Berlin und München wie auch vor Ort, ist es uns im vergangenen Jahr zudem gelungen, den für Unterfranken wichtigen 6-streifigen Ausbau der A7 zwischen dem Autobahndreieck Schweinfurt/Werneck und dem Autobahnkreuz Biebelried im neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 hochzustufen (siehe dazu den Beitrag auf S. 18). Bei diesem für Unterfranken zentralen Straßenbauprojekt haben wir 2016 bereits wichtige Vorarbeiten geleistet. So konnten wir für drei Straßenbrücken an der A7 die jeweiligen Planfeststellungsverfahren positiv abschließen. Alle Brücken sind bereits für einen 6-streifigen Ausbau ausgelegt.

Aus dem Bereich der Umweltthemen behandelt der Jahresblick 2016 das Thema Hochwasserschutz. Am Beispiel der Stadt Miltenbergs wird aufgezeigt, welche Vorteile es hat, wenn Hochwasserschutz und Städtebau Hand in Hand gehen (Seite 26). Der Beitrag steht damit gleichzeitig und exemplarisch für die erfolgreiche Bündelungsarbeit einer Bezirksregierung. Das Projekt Niedrigwassermanagement, beim dem die Landwirtschaft eingebunden ist, und ein Beitrag zum 25-jährigen Bestehen des Biosphärenreservats Rhön runden die Umweltthemen ab (Seite 30).

Aus dem Arbeitsspektrum der Gewerbeaufsicht greifen wir unter anderem das Thema Arbeitsschutz auf Großbaustellen auf, kam es doch im vergangenen Jahr zu einem beklagenswerten Unfall im Bereich der Schraudenbachthalbrücke (A7), der ebenfalls bundesweit Schlagzeilen machte.

Es sind also wieder viele Themen, die auch im vergangenen Jahr die Arbeit der Regierung von Unterfranken prägten, von denen wir allerdings immer nur eine kleine Auswahl näher darstellen können. Ein künftiger besonderer Schwerpunkt unserer Behörde wird sicherlich die weitere Integration, die Wohnraumbeschaffung



und die Bereitstellung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für anerkannte Flüchtlinge bzw. Asylbewerber mit Bleibeperspektive sein. Integration ist aber auch keine Einbahnstraße; eine aktive Bereitschaft zur Integration und eine uneingeschränkte Anerkennung unserer durch die Verfassung definierten Werte sind und bleiben eine Grundvoraussetzung.

Liebe Leserin, lieber Leser,

der vorliegende Jahresblick ist erneut ein Werk vieler Autorinnen und Autoren. Er zeigt exemplarisch und bildhaft unseren täglichen Einsatz für die Entwicklung und das Wohl unserer unterfränkischen Heimat. Dabei können wir als regional zuständige Bündelungs- und Mittelbehörde nunmehr auf eine bereits 200-jährige Geschichte zurückblicken, deren runder Geburtstag mit dem 1. April 2017 historisch fixiert ist. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns auch in den nächsten Jahren Ihr Vertrauen schenken. Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch persönlich gern zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Dr. Paul Beinhofer  
Regierungspräsident  
von Unterfranken

# Bayerisches Kabinett tagte am 5. Juli 2016 in Alzenau

Neue Zukunftsperspektiven für ein starkes Stück Bayern im Herzen Deutschlands

Am Dienstag, dem 5. Juli 2016, tagte das Bayerische Kabinett unter Leitung von Ministerpräsident Horst Seehofer im Landkreis Aschaffenburg auf der Burg Alzenau. Der Ort war gut gewählt. Stammt doch die herrschaftliche Alzenauer Burg aus dem 14. Jahrhundert und war einst Verwaltungssitz der Kurfürsten von Mainz. Heute ist sie Sitz des Amtsgerichts.



Fotos: Stadt Alzenau

Herzliche Begrüßung in Alzenau (von links nach rechts): Landrat Dr. Ulrich Reuter, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Bürgermeister Dr. Alexander Legler, Ministerpräsident Horst Seehofer und MdL Peter Winter.

Ministerpräsident Seehofer und die Mitglieder der Staatsregierung wurden unter anderem von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, dem Aschaffenburg-Landrat Dr. Ulrich Reuter und dem Bürgermeister der Stadt Alzenau Dr. Alexander Legler sowie örtlichen Landtagsabgeordneten herzlich begrüßt.

Nach der offiziellen Begrüßung und dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Alzenau ging es dann in die eigentliche Kabinettsitzung. Im Mittelpunkt der Beratungen, an denen auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer direkt teilnahm, standen die aktuelle wirtschaftliche Lage in Unterfranken und die Zukunftschancen für die Menschen in der Region. Seehofer äußerte sich dabei wie folgt: „Wir werden dafür sorgen, dass Unterfranken auch in Zukunft ganz vorne mitspielt. Unterfranken ist ein starkes Stück Bayern im Herzen Deutschlands und Europas, das wirtschaftlichen Erfolg, kulturellen Reichtum und landschaftliche Schönheit gleichermaßen auf sich vereint. Damit das so bleibt und die Menschen weiter gerne hier leben, fördern wir den Ausbau der Forschungslandschaft und setzen besondere Schwerpunkte unter anderem bei der Elektromobilität, der Digitalisierung und für den Medizinstandort. Das schafft Chancen und Zukunftsperspektiven für Wohlstand und Arbeitsplätze.“

Im Zentrum der Kabinettsbehandlung standen folglich vorrangig staatliche Fördermaßnahmen in den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Unterfranken, vom Technologietransferzentrum für Elektromobilität Bad Neustadt, zusätzlichen staatlichen

Regionalfördermitteln, dem Ausbau digitaler Gründerzentren (neben Würzburg/Schweinfurt/Bad Kissingen auch im Raum Aschaffenburg), dem zukunftsweisenden Projekt eines „i-Campus“ für englischsprachige Studenten der Hochschule Würzburg/Schweinfurt in Schweinfurt und viele Projekte mehr. Mit Nachdruck setzt sich die Bayerische Staatsregierung auch für den Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur und des Schienennetzes ein.

Seehofer: „Allein mit unserer Nordbayern-Initiative fördern wir in Unterfranken elf Leuchtturmprojekte in der Forschung. Wir tun alles, damit Unterfranken auch in Zukunft hervorragend aufgestellt ist!“



An der Sitzung des Ministerrats nahm auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (links) teil, der unter anderem zu Beginn der Sitzung einen Bericht zur Lage im Regierungsbezirk abgab.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer war mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Ministerratssitzung mehr als zufrieden: „Alles in allem eine für Unterfranken erfolgreiche Kabinettsitzung“. Der Bayerische Ministerpräsident ließ dazu allen im Vorfeld beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich seinen herzlichen Dank ausrichten.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)



Das bayerische Kabinett tagte am 5. Juli im unterfränkischen Alzenau.

# Vorbereitung auf die Rechtspraxis und Werben um juristischen Nachwuchs

## Referendarausbildung bei der Regierung von Unterfranken

Die Allgemeine Innere Verwaltung des Freistaats Bayern bietet jungen Juristinnen und Juristen eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten. Voraussetzung für einen Berufseinstieg in der vierten Qualifikationsebene ist neben dem Bestehen der Ersten Juristischen Prüfung der erfolgreiche Abschluss der Zweiten Juristen Staatsprüfung.

Letzterer geht ein zweijähriger Vorbereitungsdienst voraus, welcher das Ziel hat, die Rechtsreferendare mit den Aufgaben der Rechtspflege und der Verwaltung vertraut zu machen. Am Ende der Ausbildung sollen die Rechtsreferendare in der Lage sein, in der Rechtspraxis eigenverantwortlich tätig zu sein und den vielseitigen und wechselnden Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden.

Die Regierung von Unterfranken leitet die Gesamtausbildung der Rechtsreferendare ihres Bezirks während der Ausbildung bei der öffentlichen Verwaltung. Diese viermonatige „Verwaltungsstation“ absolvieren die Referendarinnen und Referendare bei einem Landratsamt, einer Gemeinde (die mindestens einen Beamten mit der Befähigung zum Richteramt beschäftigt), der Regierung von Unterfranken oder beim Bezirk Unterfranken. Die letzten beiden Monate der Verwaltungsstation können die Rechtsreferendare auf entsprechenden Antrag zudem beim Verwaltungsgericht Würzburg ableisten.

Der Ausbildung bei der öffentlichen Verwaltung gehen eine fünfmonatige Ausbildung bei einem Zivilgericht und eine dreimonatige Ausbildung bei einem Strafgericht oder der Staatsanwaltschaft voraus. Nach ihrer Station in der öffentlichen Verwaltung lernen die Referendarinnen und Referendare während einer neunmonatigen „Rechtsanwaltsstation“ die Aufgaben der Anwaltschaft kennen.

Die Einstellung der Referendarinnen und Referendare erfolgt zweimal jährlich (April und Oktober) durch die Oberlandesgerichte. Die viermonatige Verwaltungsstation treten die Rechtsreferendare zum 1. Juni bzw. zum 1. Dezember eines jeden Jahres bei der Regierung von Unterfranken an.

Zu Beginn ihrer Station werden die neuen Referendarinnen und Referendare traditionell von Regierungsvizepräsident Jochen Lange im Rahmen einer Einführungsveranstaltung im Großen Sitzungssaal begrüßt. Einigen Referendaren, die zum Teil ein Studium außerhalb Bayerns bestritten haben, sind zu diesem Zeitpunkt der Regierungsbezirk Unterfranken und die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung noch weitgehend unbekannt. Um dies zu ändern und um qualifizierte, engagierte Juristinnen und Juristen für einen Berufsstart in der bayerischen Verwaltung zu interessieren, stellt Regierungsvizepräsident Jochen Lange den Referendaren eines jeden Jahrgangs persönlich den Regierungsbezirk sowie die vielfältigen Aufgaben und Funktionen der Regierung als Bündelungs- und Koordinierungsbehörde vor.

Bei der Einführungsveranstaltung am 1. Dezember 2016 wurden die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare überdies von Oberregierungsrat Jens Johannsen, welcher im Bayerischen Innenministerium für die Einstellung und Fortbildung des Personals der vierten Qualifikationsebene zuständig ist, umfassend über die Berufs- und Karrierechancen in der Allgemeinen Inneren Verwaltung des Freistaates Bayern informiert.

Im Anschluss an diese Einführungsveranstaltung war die Regierung von Unterfranken zudem gemeinsam mit dem Bayerischen Verwaltungsgericht Würzburg und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr beim „4. Fakultätskarrieretag“ in der Alten Universität Würzburg mit einem Messestand vertreten. Dort informierten sich zahlreiche Studierende, Rechtsreferendare sowie sonstige Interessenten über Praktikumsmöglichkeiten, Referendarstationen sowie Berufs- und Karrierechancen in der Allgemeinen Inneren Verwaltung. Die Regierung von Unterfranken nahm damit bereits zum dritten Mal in Folge die Chance wahr, potentiellen juristischen Nachwuchs auf einer Karrieremesse gezielt anzusprechen und für das vielseitige Berufsbild eines Juristen in der Allgemeinen Inneren Verwaltung zu werben.

Michael Pahlke



*Für eine Tätigkeit in der Allgemeinen Inneren Verwaltung sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit warben auf dem „4. Fakultätskarrieretag“ in der Alten Universität Würzburg (von rechts): der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg Rudolf Emmert, Regierungsvizepräsident Jochen Lange, Oberregierungsrat Jens Johannsen (StMI), Richter auf Probe Dr. Florian Jung (VG Würzburg) und Oberregierungsrat Michael Pahlke (Regierung von Unterfranken).*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1627

E-Mail: [rechtsreferendarstelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:rechtsreferendarstelle@reg-ufr.bayern.de)

## Die Regierung von Unterfranken, eine familienfreundliche Behörde

„Will man gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen bzw. in Folge der Familiengründung nicht verlieren, sind die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Bestandteil der Personalentwicklung.“ Regierungsvizepräsident Jochen Lange fasst so die Erkenntnis zusammen, dass der Wettbewerb um gute Nachwuchskräfte zunehmend auch über familienfreundliche Arbeitsbedingungen ausgetragen wird.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Mitte) begrüßt die Kinder zum Mitarbeiterkindertag

Wesentliches Element der Familienfreundlichkeit ist selbstverständlich die Arbeitszeitgestaltung. Insgesamt 28,8% aller Bediensteten der Regierung sind in Teilzeit tätig (Stichtag: 1. Dezember 2016); die Teilzeitquote beträgt bei Frauen 41,49%, bei Männern dagegen nur 6,88%. Wichtig ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Zusammenhang auch die flexible Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage: daher bietet die Regierung für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen bzw. Beamte jeweils ca. 90 unterschiedliche Modelle zur Verteilung der Wochenarbeitszeit an.

Die gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit wurden 2016 von zehn Mitarbeiterinnen und sechs Mitarbeitern in Anspruch genommen. Wenngleich damit eine relativ große Zahl auch von Männern in Elternzeit ging, zeigen sich aber deutliche Unterschiede in deren Länge: Mütter befanden sich 2016 in Elternzeiten mit einer durchschnittlichen Dauer von ca. 19 Monaten, während Väter regelmäßig nur die sog. „Partnermonate“ nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) beanspruchen.

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Wohnraum- bzw. Telearbeit. Die Regierung von Unterfranken hat diese bereits 1999 als eine der ersten Behörden in Bayern eingeführt. Aktuell nehmen 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Telearbeit auf Grundlage der Dienstvereinbarung in Anspruch. Die Erweiterung der Möglichkeiten, die Arbeit teilweise

von zu Hause zu erledigen, ist – gegebenenfalls unter Einsatz neuer Techniken – eine der Aufgaben für die Zukunft. Um den Bedürfnissen der Regierungsangehörigen mit besonderen sozialen Verpflichtungen gerecht zu werden, hat unsere Behörde einen Teil ihrer Parkplätze für diese reserviert. Derzeit können 18 Berechtigte, die Kinder im Alter bis zu sechs Jahren zu betreuen haben, diese Parkplätze belegen.

Eine Einrichtung mit inzwischen zehnjähriger Tradition stellt der „Mitarbeiterkindertag“ dar. Am schulfreien Buß- und Betttag stehen die Eltern vor der Frage „Wohin mit meinen Kindern?“. Die Regierung unterstützt ihre Bediensteten aktiv bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem die Kinder mit zur Arbeit gebracht werden können. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer begrüßte in diesem Jahr 40 Mädchen und Jungen im Alter von 5 bis 13 Jahren, die nicht nur



„Wasser Marsch!“ Mitarbeiterkinder bei der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg

die Regierung vom Keller bis zum Dach erkundeten, sondern vor allem die Staatliche Feuerweherschule besuchten – ein erlebnisreicher Tag.

Die Vorstellungen über Familienfreundlichkeit sind keineswegs starr. Hatte man bisher überwiegend die Kinderbetreuung im Blick, bekommt heute die Pflege von Angehörigen immer mehr Bedeutung. Daher können für akut auftretende Pflegesituationen Dienstbefreiungen gewährt werden.

Über dies hinaus werden im Bereich der Fortbildung Inhouse-Seminare, die eine längere Abwesenheit vom Wohnort vermeiden und daher familienfreundlich sind, verstärkt angeboten.

Die Regierung von Unterfranken praktiziert eine Arbeitskultur der Familienfreundlichkeit und nutzt konsequent alle Möglichkeiten, die das Arbeits- bzw. Dienstrecht für eine familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsprozesses bietet.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1231

E-Mail: [personal@reg-ufr.bayern.de](mailto:personal@reg-ufr.bayern.de)



# Baustelle Peterplatz

## Sanierung der Dächer und Außenfassaden des Regierungshauptgebäudes im Zeitplan



Die im Frühjahr 2015 begonnenen Restaurationsarbeiten an den Fassaden des Hauptgebäudes und die Erneuerung der Dacheindeckung wurden nach der Winterpause im Frühjahr 2016 fortgesetzt. Im April erfolgte der Rückbau und Abtransport der aufwendigen Gerüstkonstruktion für die Innenhof- und Dachsanierung. Der größte Teil der Arbeiten an den Fassaden und Dächern des Hauptgebäudes fand damit seinen Abschluss.

Nachdem auch die Blitzschutzanlage in die Jahre gekommen war und weder leistungsmäßig noch rechtlich den aktuellen Erfordernissen und gesetzlichen Bestimmungen genügte, standen im Spätsommer wieder Erdarbeiten auf dem Plan. Die Verlegung neuer Leitungen für den äußeren Blitzschutz führte temporär zu Einschränkungen, weil die um das Gebäude herum führenden Ringerder mindestens 50 cm tief in den Erdboden eingebracht werden mussten.

Durch die Tiefe wird das Austrocknen des Erds in niederschlagsarmen Monaten verhindert und das Korrosionsrisiko durch den Luftabschluss gesenkt. Auch im Innenhof waren deshalb Erdarbeiten notwendig, die zeitlich mit dem Austausch brüchiger Bodenplatten aus Muschelkalk abgestimmt waren.

Die Sanierung der innenliegenden Regenfallleitungen mit einem Inliner-Verfahren bildete den Abschluss der Maßnahmen am Hauptgebäude.

Im Sommer konnten der Sitzungssaalbau und das Kantinegebäude in Angriff genommen werden. Auch hier waren das Dach und die Außenfassaden dringend erneuerungsbedürftig und erfuhren eine dezente optische Aufwertung. Nach Abschluss der Arbeiten am Hauptgebäude erfolgte, in Vorbereitung auf neue Herausforderungen in Sachen Elektromobilität, im Dezember 2016 die Errichtung einer Elektrotankstelle.

Im Laufe der nächsten beiden Jahre werden die Nebengebäude Zwinger und Stephanstrasse saniert. Auch bei diesen Gebäuden sind eine Erneuerung der maroden Dacheindeckungen und eine restauratorische Aufbereitung der Putzflächen dringend geboten. Im Frühjahr 2017 beginnen die Arbeiten an den Rückgebäuden.

Petra Konrad



*Austausch abgeschlossen – die letzte Muschelkalkplatte wird eingesetzt*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1248

E-Mail: [haushalt@reg-ufr.bayern.de](mailto:haushalt@reg-ufr.bayern.de)

*Blick auf die vollständig sanierte Innenhof-Fassade und das neu gedeckte Dach*



# Neue Herausforderungen in der Asylbewerberunterbringung

Während im Jahr 2015 noch knapp 160.000 Asylbewerber neu nach Bayern zugeteilt wurden, ging der tatsächliche Asylbewerberzugang 2016 auf unter 50.000 Menschen zurück. Dies stellt aber immer noch den zweitgrößten Zugang seit Mitte der 1990er Jahre dar. Gleichzeitig erreichte die Zahl der in Bayern gestellten Asylerstanträge mit über 80.000 Anträgen im Jahr 2016 einen neuen Allzeithochstand. Auch die Anzahl anerkannter Flüchtlinge nahm gegenüber dem Vorjahr spürbar zu. Es gab daher in der Asylbewerberunterbringung trotz niedrigerer Zugangszahlen als 2015 auch 2016 eine Vielzahl von Herausforderungen zu meistern.

## Erstaufnahme von Asylbewerbern

Obwohl die Auslastung der Erstaufnahmeeinrichtung in Schweinfurt im Laufe des Jahres kontinuierlich zurückging und gegen Ende des Jahres mit teilweise unter 200 Zugängen im Monat deutlich unter den Vorjahreszahlen lag, erfolgte 2016 auch in Unterfranken ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten auf derzeit etwa 2.500 Plätze bei gleichzeitigem Rückbau der Kapazitäten der

## Umsteuerung in der Anschlussunterbringung

Vor allem das erste Quartal 2016 stand noch ganz im Zeichen des Ausbaus von Unterkunftsplätzen für die Anschlussunterbringung. So wurden im gesamten Jahr 2016 in Unterfranken neun neue Gemeinschaftsunterkünfte (die größte davon im Inno-Park Kitzingen mit 400 Plätzen) und insgesamt 1.549 zusätzliche Plätze geschaffen. Es stehen damit aktuell in ganz Unterfranken 4.481 Plätze in 46 von der Regierung von Unterfranken betriebenen Gemeinschafts- und Teilgemeinschaftsunterkünften zur Verfügung.

Seit April 2016 wird im Rahmen der von der bayerischen Staatsregierung beschlossenen so genannten Umsteuerung daran gearbeitet, Asylbewerber wieder verstärkt in Gemeinschaftsunterkünfte zu verteilen und gleichzeitig die Zahl dezentraler Unterkünfte, die in 2015 im Zuge der Flüchtlingswelle stark angewachsen war wieder zu reduzieren. Im Zuge dieses Umsteuerungsprozesses wird darauf geachtet, dass bereits eingetretene Integrationserfolge nach Möglichkeit nicht erschwert werden.



*Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Ochsenfurt im September 2016*

Not-Erstaufnahmeplätze. Alle Notunterkünfte der Landkreise und kreisfreien Städte wurden geräumt, die letzte schloss ihre Türen im Juli 2016. Auch die Unterbringung in den Dependancen der Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt konnte bis zum Ende des Jahres beendet werden; einige Unterkünfte stehen im Stand-by-Betrieb weiter zur Verfügung. Auf eventuell wieder ansteigende Flüchtlingszahlen ist man daher im Regierungsbezirk gut vorbereitet.

Im Jahr 2016 wurden in Unterfranken knapp 3.400 Menschen erstaufgenommen und verbrachten bis zu sechs Monate in der Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt oder deren Dependancen.

Die Regierung von Unterfranken arbeitet nicht zuletzt aus diesem Grund bei der Umsetzung der Umsteuerung eng mit den Landkreisen und kreisfreien Städten zusammen. Am Ende des Jahres 2016 wohnten insgesamt etwa 11.200 Asylbewerber in den staatlichen Unterkünften. Bayernweit lebten Ende 2016 ca. 110.000 Asylsuchende in der Anschlussunterbringung.

## Wohnen für Anerkannte

Ein weiterer Fokus lag 2016 auf der Schaffung von Wohnraum für anerkannte Bleibeberechtigte. Im Rahmen des staatlichen Sofortprogramms als erster Säule des „Wohnungspakts Bayern“ plant und baut der Freistaat Bayern selbst Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge und sozial schwache Familien.





### *Wohnen für anerkannte Flüchtlinge in Karlstadt*

Im August wurde in Karlstadt das erste Projekt dieser Art in Bayern mit insgesamt 21 Wohneinheiten (für je drei bis vier Personen) fertiggestellt. Die Regierung von Unterfranken ist für das Belegungsmanagement sowie die Bewirtschaftung des Grundstücks zuständig, während das Staatliche Bauamt Würzburg für Planung und Bau der Anlage verantwortlich war. Alle Wohnungen der Anlage sind bereits belegt. Eingezogen sind überwiegend Familien mit Kindern, aber auch einzelne Asylbewerber, die sich über das neue Zuhause freuen. Auch einheimische Familien sind unter den neuen Mietern.

Ein weiteres Objekt im Rahmen des Sofortprogramms wird in Höchberg errichtet. Die Planungen sehen elf Wohneinheiten für bis zu 62 Bewohner vor. Die Wohnungen werden auch hier sowohl an anerkannte Flüchtlinge als auch an sozialbedürftige Höchberger Bürger vermietet.

### **Wohnsitzzuweisung**

Seit 01. September 2016 ist die Regierung auch für die Wohnsitzzuweisung von anerkannten Flüchtlingen in Unterfranken zuständig. Bayern ist das erste Bundesland, das die Wohnsitzzuweisung von anerkannten Asylbewerbern umsetzt.

Die Wohnsitzzuweisung soll eine gleichmäßige Verteilung von anerkannten Flüchtlingen in ganz Bayern sicherstellen und so der Bildung von Parallelgesellschaften vorbeugen.

Für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren kann die Verpflichtung zur Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort innerhalb Bayerns ausgesprochen werden. Bei der

Auswahl des Wohnsitzes wird auf bestehende Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse besondere Rücksicht genommen. Auch anderweitige bereits begonnene Integrationsmaßnahmen sollen durch die Wohnsitzzuweisung nicht beeinträchtigt werden.

### **Kontakt**

Tel.: 0931/380-1027

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)

Benjamin Kraus

Sicherheit,  
Kommunales  
und Soziales



*Bei Eröffnung der GU Marktheidenfeld im Mai sahen sich zahlreiche Bürger die neue Unterkunft an*

# Sicherheit im Bereich Asylbewerberunterbringung

## Schulung der Unterkunftsverwaltung sowie beteiligter Stellen und Behörden

Die Anschläge von Ansbach und Würzburg im Jahre 2016 mit terroristischem Hintergrund haben die besondere Bedeutung des frühzeitigen Erkennens religiös und kulturell motivierter Radikalisierungstendenzen Einzelner vor Augen geführt. Eine solche Früherkennung ist schwierig, sie vollzieht sich im Verborgenen. Umso wichtiger ist, dass gerade diejenigen, die regelmäßigen Kontakt mit den in den verschiedenen Einrichtungen untergebrachten und dort lebenden Asylbewerbern und Flüchtlingen haben, erste Erkennungszeichen oder Hinweise einer auf eine Radikalisierung hindeutenden Verhaltensveränderung wahrnehmen und einordnen können. Hierzu bedarf es neben dem Wissen um die Ursachen und Ausprägungen einer Radikalisierung auch eines bestimmten Maßes an interkultureller Kompetenz.

Aus diesem Grund fanden am 20. und 21. September 2016 insgesamt drei Informationsveranstaltungen statt. Organisiert und durchgeführt wurden diese Veranstaltungen von der Regierung von Unterfranken im Zusammenwirken mit dem Polizeipräsidium Unterfranken, dem Kompetenzzentrum Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA) und der Polizeiinspektion Schweinfurt. Adressatenkreis der Schulungen, die in den Räumlichkeiten der Bereitschaftspolizei Würzburg und der Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt stattfanden, waren Beschäftigte der Unterkunftsverwaltungen, Vertreter der Kreisverwaltungsbehörden und der Asylsozialberatung. Insgesamt nahmen rund 200 Personen teil, die im Rahmen des Betriebs der Unterkünfte sowie bei der Betreuung von Bewohnern dieser Unterkünfte in unmittelbarem Kontakt zu Asylbewerbern und Flüchtlingen stehen.

Nach einem kurzen Überblick über die aktuelle Lage im Themenfeld Zuwanderung durch Leitenden Polizeidirektor Johannes Hemm, erläuterte Dominik Irani, Referent des Kompetenzzentrums Deradikalisierung des BLKA, die Entstehungsgeschichte und die Ideologie des sogenannten Islamischen Staates. Im Anschluss skizzierte er den klassischen Verlauf einer Radikalisierung, in dessen Folge sich das Denken und Handeln einzelner Personen oder Gruppen hin zur Einnahme extremistischer Positionen wandelt. Hierbei ging Irani



*Begleitend zur Schulung nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterkunftsverwaltungen an einem Praxistraining zur Gewaltprävention und Gefahrenabwehr teil.*

auf eine Vielzahl spannender Fragen ein: Woran erkennt man, ob und inwieweit sich Bewohner radikalisiert haben? Welche Veränderungen sind typisch und wie kann man einer drohenden Radikalisierung entgegenreten? Polizeihauptmeister Bürger legte den Schwerpunkt seines Vortrages auf das frühzeitige Erkennen insbesondere jener Gefahren, die von verhaltensauffälligen Bewohnern für Beschäftigte und auch für Bewohner der Einrichtung ausgehen können, welche Punkte für die Bewertung der spezifischen Gefahrenlage relevant sind und wie Vorsorge- und Gegenmaßnahmen erfolgreich durchgeführt werden können. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Teilnehmer war die Beschreibung von Meldewegen an die Sicherheitsbehörden im Gefahrenfall.



*Abteilungsdirektor Wetzel begrüßt die Teilnehmer der Informationsveranstaltung*

Abteilungsdirektor Manfred Wetzel wies zum Abschluss darauf hin, dass Informationsveranstaltungen dieser Art in regelmäßigen Abständen wiederholt werden sollen, um auch neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Unterkunftsverwaltungen das notwendige Grundlagenwissen und sicherheitsrechtliche Verhaltensregeln näher zu bringen.

Ebenfalls sehr große Resonanz fand die Informationsveranstaltung auf dem Gelände der Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt. Neben rund 70 Beschäftigten der Regierung von Unterfranken nahmen an dieser dritten Veranstaltung insgesamt rund 30 Beschäftigte des Sozialamtes der Stadt Schweinfurt, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Asylsozialberatung teil. Mit Vorträgen von Dominik Irani, Polizeihauptkommissar Detlef Schrenk von der Polizeiinspektion Schweinfurt, und Polizeihauptkommissar Bürger erhielten die Anwesenden auch hier wichtige Hinweise auf erste Erkennungszeichen einer möglichen Radikalisierung, Verhaltensregeln für auftretende Notfallsituationen und Hinweise zum Selbstschutz. Der stellvertretende Leiter der Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt, Yener Yildirim, rundete den Vortragsnachmittag mit einem Überblick zu den Grundzügen der islamischen Religion ab.

### Kontakt

Tel.: 09721/6536100

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)

# Digital funken über den Wolken – Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt



Immer der Ärger mit dem Funk: schlechte Verständigung durch Rauschen und Knacken, manchmal überhaupt keinen Funkkontakt..... – jeder Luftbeobachter hat schon solche Erfahrungen gemacht.

Das soll mit der Ablösung des analogen Funkes durch das neue bundesweite digitale Funknetz besser werden, hieß es. Da dieses Funknetz für den tatsächlichen Einsatzbetrieb in Unterfranken seit November 2015 zur Verfügung stand, war die Entscheidung der Regierung von Unterfranken als höherer Katastrophenschutzbehörde schnell gefasst: ab kommendem Jahr funkt auch die Luftbeobachtung nur noch digital!

Zunächst wurde in umfangreichen Tests zwischen der Luftrettungsstaffel Bayern e.V. und der Staatlichen

für drei Tage Ende Februar 2016 an der Feuerweherschule in Würzburg. Die Regierung von Unterfranken erarbeitete aus den dort gewonnenen Erkenntnissen ein Einsatzfunk-Konzept „Digitalfunk in der Luftbeobachtung“, welches auf die Nutzung durch die Katastrophenschutz-Funkgruppe Unterfranken abgestimmt ist. Die Integrierte Leitstelle (ILS) Würzburg konnte als zentrale Stelle im Digitalfunk für die unterfränkische Luftbeobachtung gewonnen werden. Die ILS wurde dann im Rahmen der Herbstdienstbesprechung am 11. Oktober 2016 besucht.

Desweiteren konzipierte die Regierung von Unterfranken eine Schulung zur Einweisung in die Handhabung der Geräte im Anschluss an die für alle Digitalfunknutzer vorgeschalteten E-Learningmodule. Diese Fortbildungsinhalte in Theorie und Praxis und die Erprobung auf Beobachtungsflügen standen im Mittelpunkt der unterfränkischen Luftbeobachter-Fortbildung am 14. April 2016 auf dem Flugplatz Hettstadt. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden die für einen erfolgreichen digitalen Funkbetrieb mit der Leitstelle notwendigen Absprachen geführt und die technischen Umsetzungen erfolgreich bewältigt.

Durch den wechselhaften Sommer 2016 bestand erst am 27. August 2016 die Notwendigkeit, Luftbeobachtung durch die Regierung von Unterfranken wegen hoher Waldbrandgefahr anzuordnen und entsprechende Flüge durchzuführen. Damit ging der Digitalfunk in der Luftbeobachtung im Katastrophenschutz in den Einsatzbetrieb. Unterfranken war überdies hinaus der erste Regierungsbezirk in Bayern, der seine kompletten Luftbeobachtungseinsätze ausschließlich digital abwickelte.

Der Digitalfunk hat sich bisher bewährt. Abgesehen von kleinen Startschwierigkeiten kam bei den angeordneten 14 Waldbrandüberwachungsflügen und den vier Einsätzen des Schnellen Einsatzflugzeuges immer eine stabile Funkverbindung mit guter Sprachqualität zustande. Die Mühen und das Lernen aller Luftbeobachter und die Vorarbeiten und die Organisation der Regierung von Unterfranken haben sich gelohnt!



Foto: Lars Schäfer

Übergabe des Digitalfunk-Koffers für den Stützpunkt Haßfurt durch Regierungsamtsrat Wolfgang Raps Sachgebiet 10 „Sicherheit und Ordnung, Prozessvertretung“ (links) an Stefan Reuter (Landratsamt Haßberge)

Feuerweherschule Würzburg die für den Funkbetrieb in Flugzeugen passende Technik erprobt und definiert. Diese wurde dann zentral und vor allem einheitlich von der Feuerweherschule beschafft. Die neuen digitalen Luftbeobachter-Funkkoffer konnten dann im Frühjahr 2016 an alle fünf Stützpunkte der Luftrettungsstaffel übergeben werden. Für Unterfranken steht zusätzlich ein weiterer identischer Funkkoffer zur Verfügung, falls ein Gerät ausfällt.



Wolfgang Raps

Parallel war ein bayernweites Konzept für den Einsatz des Digitalfunks in der Luftbeobachtung zu entwickeln. Dazu trafen sich Vertreter aller sieben Regierungen

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1715

E-Mail: [katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de](mailto:katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de)

# Fachtage 2016 in der Alten- und Behindertenhilfe

## „Sex and Drugs and Rock & Roll – Tabuthemen im Heim?“

Der inzwischen sechste und mit etwa 200 Interessenten erneut ausgebuchte Fachtag Altenhilfe der Regierung von Unterfranken und des Landkreises Main-Spessart mit seiner Senioreneinrichtung und der Berufsfachschule für Altenpflege in Markttheidenfeld am 9. Juni 2016 hat, den spontanen und positiven Rückmeldungen zufolge, offenbar wieder den „Nerv der Teilnehmer getroffen“.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer wie auch Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder und der stellvertretende Landrat Harald Schneider sprachen in ihren Grußworten von der guten Tradition dieser gemeinsamen Fachtage.

Wie Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zudem betonte, hätten sich Regierung von Unterfranken, Kreissenorenheim und Berufsfachschule schon bisher nicht gescheut, schwierige und komplexe, bisweilen auch heikle Themen bei den Fachtagen anzugehen. Das gelte nun ganz besonders auch für das diesjährige, sehr plakative Thema: Sex and Drugs and Rock & Roll.



Karikatur: Christoph Haderer

Die Fans werden älter – der Konflikt bleibt

## „Heimlichkeiten“ – gegen den Strich, quer durchs Heim...“

Der Fachtag in der Behindertenhilfe, den die Regierung von Unterfranken und das Dominikus-Ringelsen-Werk am 18. Oktober 2016 in Maria Bildhausen veranstalteten, fand mit seinen vielseitigen Fragestellungen ebenfalls große Resonanz beim Fachpublikum. Regierungsvizepräsident Jochen Lange betonte, dass man sich bei dem Tagungsthema „Heimlichkeiten – gegen den Strich quer durchs Heim“ an schwierige



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (rechts) im Gespräch mit Moderator und BegegnungscLOWN Marcel Briand

und komplexe Inhalte wagen. Mit den hochkarätigen Referenten diskutierten die Teilnehmer im Sinne von Weiterentwicklung und Reflexion auch Sachverhalte im Bezug auf herausforderndes Verhalten und strukturelle Gewalt.

Durch beide Fachtage führte – wie bereits bei vielen anderen Fachtagen der Regierung – routiniert, mit viel Humor und fachlich höchst versiert, der Schweizer BegegnungscLOWN und Diplom-Pflegefachmann Marcel Briand.

Als bereichernd für beide Veranstaltungen wurden auch die besonders phantasievoll und lebendig präsentierten Beiträge der Berufsfachschule für Altenpflege Markttheidenfeld bzw. der Fachschule für Heilerziehungspflege Münnerstadt empfunden.

Musikalisch wurde der Fachtag Altenpflege erstmals von den „Rufis“ (s. Foto) umrahmt, die den Rock & Roll musikalisch präsentierten und den anspruchsvollen Fachtag zur Begeisterung des Publikums gekonnt auflockerten. Den musikalischen Auftakt für den Fachtag „Heimlichkeiten“ übernahm mit einem schwungvollen Beitrag die Trommelgruppe Maria Bildhausen.

Claus Völker



„Die Rufis“ mit (von rechts) Lothar Menzel, Yvonne Scherer, Oliver Weidlich und Dr. Thomas Lorenz von der Regierung von Unterfranken

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1070

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)

# Förderung und Finanzierung kommunaler Energieprojekte

Gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt und der Regierung von Unterfranken zur Umsetzung der Energiewende in den Kommunen

Seit der Verabschiedung des Bayerischen Energiekonzepts vor fünf Jahren ist der Umbau der Energieversorgung in Bayern vorangeschritten. Neben dem spürbaren Ausbau regenerativer Energieformen ist es darüber hinaus jedoch notwendig, die Aufmerksamkeit ebenfalls auf eine effiziente und sparsame Verwendung von Energie zu richten. Der Erfolg der Energiewende wird schließlich auch davon abhängen, wie es uns gelingt, den Energieverbrauch dauerhaft

Die Mischung aus kurzen Vorträgen und Berichten aus der kommunalen Wirklichkeit wurde mit dem „Marktgeschehen“ abgerundet. Wie auf einer Messe, konnten sich hier die Vertreter

der Kommunen von ausgewählten Fördermittelgebern (wie beispielsweise dem Projektträger Bayern (ITZB) oder dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und Finanzierungsinstitutionen (wie beispielsweise der LfA Förderbank Bayern oder der KfW) beraten lassen und entsprechende Kontakte knüpfen. Darüber hinaus gab das „Marktgeschehen“ den Kommunalvertretern einen aufgelockerten Rahmen, um auch untereinander in Kontakt zu treten und Erfahrungen in der Umsetzung kommunaler Energieprojekte auszutauschen.



Fotos: Landesamt für Umwelt

Vorträge aus der Praxis veranschaulichten das kommunale Engagement bei der Umsetzung der Energiewende in Unterfranken.

zu verringern. Hierbei wird dem Einsatz innovativer Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz eine große Bedeutung beigemessen.

Bei den Themenfeldern Effizienzsteigerung und Energieeinsparung stehen auch die Kommunen in einer großen Verantwortung. Denn durch den direkten Kontakt zu den Menschen vor Ort, kommt dem kommunalen Handeln Vorbildcharakter für entsprechende Aktivitäten im privaten Bereich zu. Da die Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz jedoch in den meisten Fällen mit kostenintensiven Investitionen verbunden ist, stellt dies die Gemeinden oftmals vor große Herausforderungen.

Deshalb machte die Regierung von Unterfranken gemeinsam mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt das Thema „Finanzierung und Förderung kommunaler Energieprojekte“ zum Gegenstand einer Veranstaltung für kommunale Entscheidungsträger am 19. April 2016.

Hierzu wurden in Vorträgen zuerst allgemeine Informationsangebote und finanzielle Fördermöglichkeiten, die für eine erfolgreiche Umsetzung von kommunalen Energieprojekten von Bedeutung sind, präsentiert. Im Mittelpunkt der Tagung standen jedoch die Erfahrungsberichte ausgewählter Kommunen. Anhand dieser „Einblicke in die Praxis“ konnte sehr eindrucksvoll gezeigt werden, wie wichtig und zielführend das kommunale Engagement bei der Umsetzung der Energiewende ist.

Energieeffizienz – also den unbedingt notwendigen Energiebedarf so gering wie möglich zu halten – ist aus ökologischer Sicht sinnvoll: Denn Energie, die nicht bereitgestellt werden muss, verbraucht auch keine Ressourcen und verursacht keine CO<sub>2</sub>-Emissionen. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind jedoch auch aus ökonomischer Sicht vernünftig, da die hierdurch eingesparten Mittel für andere kommunale Aufgaben eingesetzt werden können.

Dr. Olaf Münster

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr



Die Dokumentation der Tagung kann unter [http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/ifu\\_klima\\_00139.htm](http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/ifu_klima_00139.htm) abgerufen werden.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1281

E-Mail: [energie@reg-ufr.bayern.de](mailto:energie@reg-ufr.bayern.de)

An Messeständen konnten Kontakte zu Förder- und Finanzierungsinstitutionen geknüpft und Erfahrungen ausgetauscht werden.



# Elektromobilität – Konzepte und praktische Umsetzung in den Kommunen



In Deutschland liegt der Anteil des Verkehrssektors am Endenergieverbrauch bei etwa 30%.

Da die dafür benötigte Energie zu mehr als 90% aus Erdöl bezogen wird, ist Mobilität für etwa 18% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Neben Verkehrsverlagerungen, beispielsweise durch die intensivere Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) oder des Schienenverkehrs für den Gütertransport, wird vor allem der Elektromobilität im Straßenverkehr ein großes Potential zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeräumt. Gilt die Elektromobilität doch als energieeffizient und besonders klimafreundlich – vorausgesetzt der benötigte Strom wird auch aus regenerativen Energieformen bezogen. Daher ist die Elektromobilität im Straßenverkehr ebenfalls ein Baustein zur Umsetzung der Energiewende.

Vor diesem Hintergrund richtete sich die Regierung am 21. Juni 2016 mit der Fachtagung „Elektromobilität – Konzepte und praktische Umsetzung in den Kommunen“ an die für Energie- und Klimafragen zuständigen Mitarbeiter der Landratsämter und kreisfreien Städte. Mit insgesamt sechs Vorträgen – davon vier aus der kommunalen Praxis – wurden unterschiedliche Problemstellungen einer flächendeckenden Anwendung elektrischer Mobilität und entsprechende Lösungsansätze vorgestellt. Hierbei wurde auch auf die Rolle und die Bedeutung der Kommunen eingegangen.

Für die Akzeptanz der Elektromobilität im Straßenverkehr wird nicht nur eine allorts funktionierende und universal zugängliche Ladeinfrastruktur von besonderer Bedeutung sein, sondern auch darüber hinausgehende (Mobilitäts-)Dienstleistungen. Hier können die Kommunen durch rechtzeitige Weichenstellungen zukünftige Lösungsansätze für gesellschaftspolitische und verkehrstechnische Problemstellung, wie Verstopfungen und Luftverunreinigungen in Ballungsräumen, bereithalten.

Nennenswerte Beiträge zum Klimaschutz werden sich allerdings nur dann realisieren lassen, wenn die verschiedenen Verkehrsströme und Verkehrsträger miteinander verbunden werden. An diesem Punkt setzt beispielsweise die Stadt Würzburg an, die über ein multimodales Verkehrskonzept den Bürgerinnen und Bürgern an ausgewählten Straßenbahnhaltepunkten ein Angebot zur Verknüpfung verschiedener Fortbewegungsmittel (Leihfahrräder, ÖPNV, eCar-Sharing und Taxi) zur Verfügung stellt.

Die Zusammenführung unterschiedlicher Verkehrsträger spielt auch bei der Ermittlung einer optimalen flächendeckenden Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum eine große Bedeutung, wie durch das Projekt E-Wald aufgezeigt wurde. Zur Ermittlung der „richtigen“ Standorte für Ladesäulen wurden in dem mit Bundesmitteln geförderten Pilotprojekt auch beispielsweise das Pendlerverhalten und der bestehende öffentliche Nahverkehrsaufbau berücksichtigt.

Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur kann auch einen Beitrag zur Stabilität der Stromnetze leisten. Denn werden alle Elektroautos abends nach der Rückkehr



Die Fachtagung wurde durch die Wanderausstellung „Elektromobilität verbindet“ von Bayern Innovativ im Foyer der Regierung begleitet.

von der „letzten Fahrt“ nahezu gleichzeitig an ein Ladekabel angeschlossen, müssen die Stromnetze für derartige Verbrauchsspitzen ausgelegt sein. Diese ließen sich durch die Möglichkeit, das Auto bei geplanten kurzen Stopps (beispielsweise zum Einkaufen) immer wieder unkompliziert (zwischen-)laden zu können, abmildern.

Elektromobilität im Straßenverkehr kann nur ein Bestandteil der Lösung des Konflikts aus Mobilitätsbedürfnis auf der einen Seite und Ressourcenknappheit auf der anderen Seite sein. Die Energiewende eröffnet demnach die Möglichkeit, das Thema „Mobilität“ in einen größeren verkehrspolitischen Rahmen einzubetten.

Dr. Olaf Münster

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1281

E-Mail: energie@reg-ufr.bayern.de



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer begrüßte die Teilnehmer der Fachtagung

# Migration und Integration im ländlichen Raum

## mainfranken



Region Mainfranken GmbH

Unterfranken ist ein Zuwanderungsgebiet und Unterfranken ist ländlich. Nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP 2013) sind mehr als 85% der Fläche ländlicher Raum, mehr als jeder zweite Unterfranke lebt im ländlichen Raum. Und: Seit 2011 ziehen mehr Menschen nach Unterfranken zu als fort.

Auch Flüchtlinge sind ursächlich für das positive Wanderungssaldo. Sie machen allerdings nicht das Gros der Wanderungsbewegungen in Unterfranken aus. Und: Den negativen Geburten-Sterbe-Überschuss werden die Zuwanderer nicht ausgleichen können. Langfristig schrumpft Unterfranken also, nimmt aber gleichzeitig immer mehr Neu-Bürger auf.

So liegt der Fokus vieler regionaler Initiativen im Jahr 2016 auf den Themen Fachkräftesicherung und Integration, deren Verknüpfung mit der Flüchtlingsthematik nochmal eine besondere Prägung bekommen hat. Beispiele für eine solche Verknüpfung finden sich insbesondere bei den querschnittsorientiert handelnden Regional- und Konversionsmanagements in Unterfranken.



## Regionalmanagement Bayern

„Migration & Fachkräfte: Zuwanderung vs. Abwanderung – Auswirkungen und Chancen für die Regionalentwicklung“ war damit auch der Schwerpunkt des unterfränkischen Erfahrungsaustauschs regionaler Initiativen, veranstaltet vom Sachgebiet Raumordnung, Landes- und Regionalplanung am 8. April 2016 im Industrie Center Obernburg.

Dass Integration nur im Zusammenwirken von Staat, Kommunen und Zivilgesellschaft gelingen kann, zeigte die Regionalkonferenz der Region Mainfranken GmbH am 21. Oktober 2016 in Rügheim unter dem Titel „Integration als Chance für Mainfranken“. Rund 100 Kommunalvertreter informierten sich über „Vielfalt als Chance für Mainfranken“.

Um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten noch besser gestalten zu können, starteten die Sachgebiete Integration und Flüchtlinge und Raumordnung, Landes- und Regionalplanung der Regierung im November 2016 eine unterfrankenweite Erhebung an den Kreisverwaltungsbehörden zu den Themen Wohnen, Sprache, Mobilität, Ehrenamt. Erste Auswertungen zeigen, dass gerade in der Koordination einzelner Themenfelder, z. B. Informationen über verfügbaren Wohnraum, noch Handlungsbedarf herrscht.



Foto: Region Mainfranken GmbH/Rudi Merkl

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (links) mit Vertretern von Kommunen, Kreisen, Wirtschaft und Forschung bei der Podiumsdiskussion „Integration als Chance für Mainfranken“ am 24. Oktober 2016 in Rügheim;

Auch 2017 werden Migrationsbewegungen Unterfranken weiterhin prägen. Sich hier wohl zu fühlen, nicht nur als Neuzugewanderter sondern auch als Rückkehrer oder Bleibender, das ist das Ziel der regionalen Initiativen – mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken.

Marina Klein

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1393

E-Mail: regionalmanagement@reg-uf.r.bayern.de



BAYERISCHER  
UNTERMAIN

BAYERN IN RHEIN-MAIN

www.bayerischer-untermain.de

Referenten und Organisatoren des Erfahrungsaustauschs unterfränkischer Regional- und Konversionsmanagements zum Thema Fachkräftesicherung und Integration am 8. April 2016 im Industrie Center Obernburg

Foto: Katarina Dening,  
Initiative Bayerischer  
Untermain



# Energiewende in Unterfranken

## Plangenehmigung für die Leitungsanbindung des neuen Umspannwerks Bergrheinfeld - West an das bestehende Hochspannungsfreileitungsnetz

Mit Plangenehmigung vom 9. März 2016 hat die Regierung von Unterfranken, Sachgebiet 21, Baurecht für die Anbindung des Umspannwerks Bergrheinfeld – West an das bestehende Hochspannungsfreileitungsnetz geschaffen.

Anlass für dieses Vorhaben der TenneT TSO GmbH war die Errichtung des neuen Umspannwerks „Berg-rheinfeld West“, welche infolge der damals geplanten und zwischenzeitlich erfolgten Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld notwendig wurde. Mit dieser Außerbetriebnahme stand ein wichtiger dynamischer Blindleistungsbereitsteller in der betroffenen Netzregion nicht mehr zu Verfügung, dessen Schlüsselfunktion die Stabilisierung des Netzes war. Diese Funktion sollte durch das neue Umspannwerk mit entsprechender Technik übernommen werden.

Mit der Wahl der Verfahrensart der Plangenehmigung hat das Sachgebiet 21 insoweit Neuland betreten, als diese Verfahrensart bisher in Unterfranken im Bereich des Energiewirtschaftsrechts noch nicht zum Einsatz kam. Hintergrund dieser Entscheidung war auch die Nutzung von Beschleunigungseffekten des Plangenehmigungsverfahrens.

Die Ausführung des Vorhabens wurde durch die TenneT unter größtmöglicher Nutzung des im näheren Umfeld der Maßnahme bestehenden Hochspannungsfreileitungsnetzes geplant. Hierzu sind in weiten Teilen des Leitungsverlaufs der bereits bestehenden Leitungen lediglich Auflegungen neuer Leiterseile und die Wiederinbetriebnahme einzelner bereits aufliegender Stromkreise vorgesehen worden. Allerdings musste auf einem Abschnitt von etwa 1.200 m auch ein Leitungsverlauf verlegt und ein weiterer neu errichtet werden. Hierzu waren der Bau 7 neuer Masten und eine Mastverstärkung notwendig.

Nach Eingang der Antragsunterlagen erfolgte die Beteiligung von etwa 30 Fachstellen und Trägern öffentlicher Belange am Verfahren. Die teilweise umfangreichen Äußerungen wurden von Seiten der Regierung inhaltlich bewertet und der TenneT TSO GmbH im Juli 2015 zur Stellungnahme zugeleitet. Im Spätsommer 2015 lagen dann die Unterlagen soweit vor, dass durch die Regierung die Erstellung der Plangenehmigung erfolgen konnte.

Der interne Zeitplan des Sachgebietes 21 zur Schaffung des Baurechts für die Vorhabenträgerin wurde dann „auf den letzten Metern“ durch Umplanungen der TenneT im Bereich der Zuwegungen noch einmal umgeworfen. Diese wurden notwendig, da der Bau des Umspannwerks bereits sehr weit fortgeschritten war und damit einige der geplanten Zufahrten zu den Baufeldern nicht mehr nutzbar waren.

Im Frühsommer 2016 konnte die TenneT TSO GmbH dann mit der Umsetzung des Vorhabens beginnen. Aktuell sind

weite Teile der Baumaßnahme bereits realisiert. Es sind alle neuen Masten errichtet und zwei Stromkreise im neuen Umspannwerk in Betrieb genommen. Der Abschluss des Vorhabens wird in Abhängigkeit vom Baufortschritt am Umspannwerk und der Abschaltbarkeit der benötigten Stromkreise, nach derzeitiger Planung, spätestens in der ersten Jahreshälfte 2018 erfolgen. Ein wesentliches Projekt auf dem Weg zur Umsetzung der Energiewende wird dann verwirklicht sein und nicht nur für die Menschen in der Region, sondern auch überregional ein Stück mehr der notwendigen Versorgungssicherheit gewährleisten.



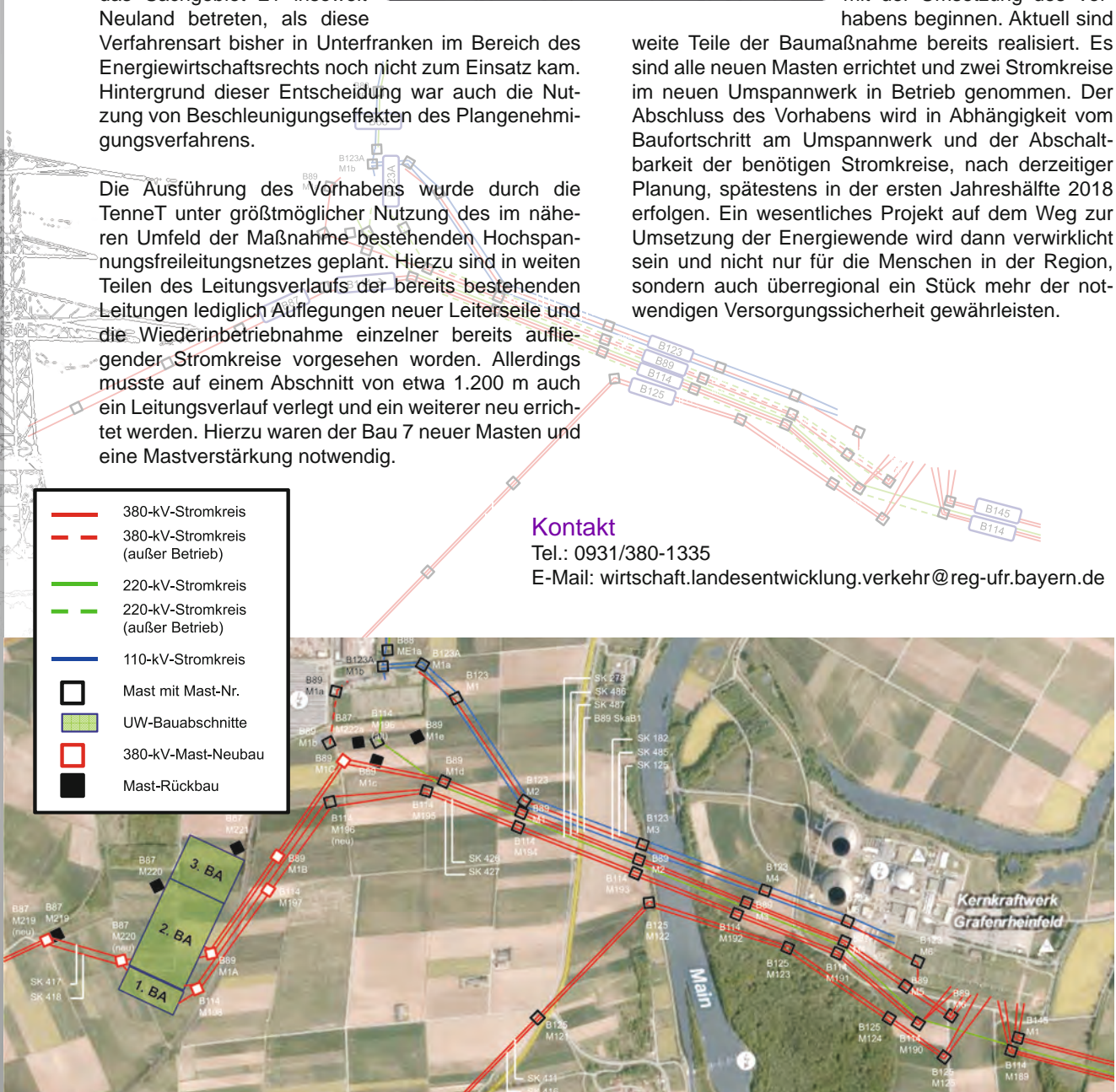
Gerhard Beutner-Olbrich

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1335

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

- 380-kV-Stromkreis
- 380-kV-Stromkreis (außer Betrieb)
- 220-kV-Stromkreis
- 220-kV-Stromkreis (außer Betrieb)
- 110-kV-Stromkreis
- Mast mit Mast-Nr.
- UW-Bauabschnitte
- 380-kV-Mast-Neubau
- Mast-Rückbau





# Eröffnung Technologie- und Gründerzentrum Würzburg (TGZ) am Hubland



Damit aus Geschäftsideen tragfähige Unternehmen und erfolgreiche Unternehmer werden, bedarf es eines effektiven Umfeldes. Eine neue Existenz zu starten, ist ein anspruchsvolles Vorhaben, das viele Chancen bietet und vom Gründer neben seiner fachlichen Kompetenz auch ein vielschichtiges betriebswirtschaftliches Wissen erfordert. Hierbei zu helfen, neben der Bereitstellung von adäquaten Räumlichkeiten, ist seit 1988 die Aufgabe des TGZ, einem der ersten drei technologieorientierten Gründerzentren in Bayern.

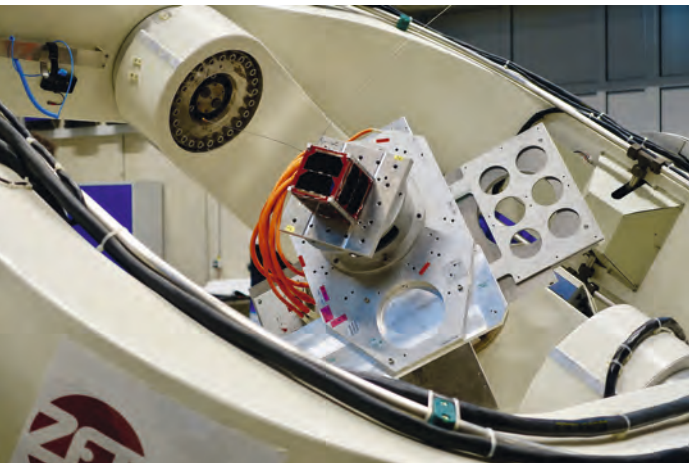
Das TGZ ergriff 2013 die Chance, am Hubland in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität, mit Hilfe des Freistaates Bayern, ein neues Technologie- und Gründerzentrum zu errichten. Nach dem Baubeginn im Juli 2014 zogen bereits Anfang 2016 die ersten

und Gründer verwirklichen neue Ideen, die für Fortschritt, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft unerlässlich sind. Der Mieter aus dem Bereich der Forschungsinstitute, das Zentrum für Telematik e.V (ZFT), treibt beispielsweise die Entwicklung auf den Gebieten Robotik und Telematik sowie Industrie 4.0 voran. Die green spin UG als junges Unternehmen entwickelt datengetriebene, automatisierte Systeme für die optimale Entscheidungsfindung von Landwirten bei Aussaat, Düngung und Pflanzenschutz. Die Häufung der Auszeichnungen wie Businessplan-Wettbewerb Nordbayern, Hochschulgründerpreis 2014 und im gleichen Jahr Deutschland-Land der Ideen sprechen für das junge Unternehmen.

Aufgabe des neuen TGZ ist den technologieorientierten Gründergeist nachhaltig zu unterstützen um für Mainfranken eine hohe Gründerdynamik mit kreativen Ideen zu erreichen und mutige Unternehmerpersönlichkeiten bei ihrem Start zu unterstützen.

Gisela Götz

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr



Industrie 4.0, Testumgebung für Kleinstsatelliten im Zentrum für Telematik in Würzburg

Mieter ein. Im März 2016 eröffnete offiziell die Bayerische Wirtschaftsministerin, Ilse Aigner, das Zentrum. Auf 3860 qm können sich sowohl Gründer einmieten als auch Fläche nutzen um sich mit Kapitalgebern zu treffen oder den Gedanken des Networking weiterzutragen.

Die in TGZ gelebte Gründerkultur wird dazu beitragen, das große Potenzial in Mainfranken für zukünftige Innovationen in stärkerem Umfang zu nutzen und so die heimische Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Auch die Kombination von Gründern und Forschungsinstituten in einem Gebäude wird sicherlich den Transfer von Ideen aus der Wissenschaft hin zu einem marktfähigen Produkt erfolgreicher gestalten und den Prozess beschleunigen.

Universität, Hochschule und angewandten Forschungsinstitute wirken in Würzburg als wichtiger Innovationsmotor. Die mainfränkischen Gründerinnen

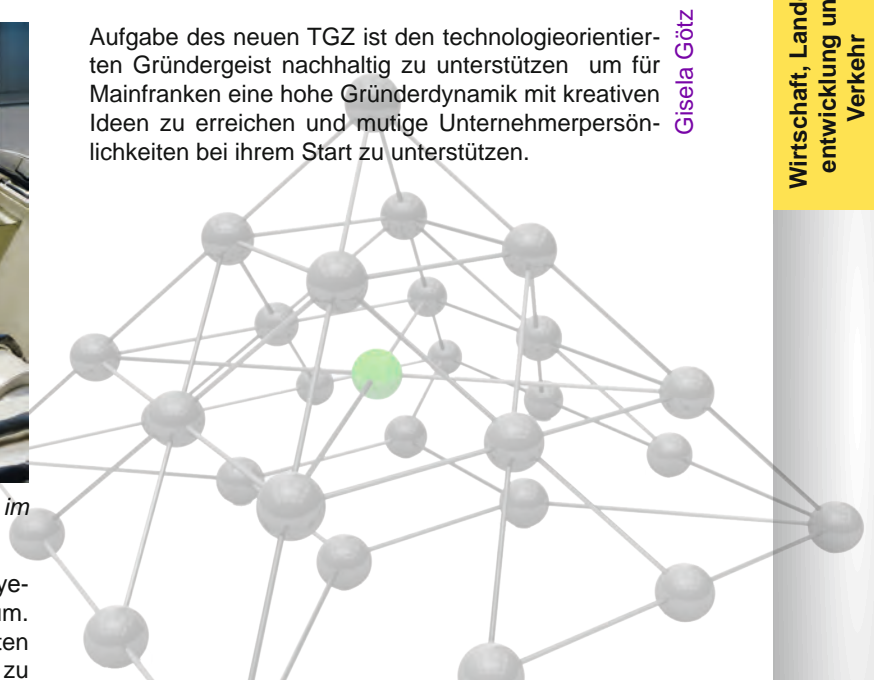


Foto: TGZ



Neubau TGZ Hubland Rückseite



## Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Neubau Beschussamt Mellrichstadt – eine Einrichtung mit Weltruf

Fotos: Staatliches Bauamt Schweinfurt



Vorne Verwaltungstrakt mit aufgesetztem Schulungs- und Sozialbereich, hinten Kubus mit Beschusstechnik

Die Ansiedlung des Beschussamtes Anfang der 1980er Jahre war für Mellrichstadt ein Gewinn. Schließlich gibt es in ganz Deutschland nur sieben Beschussämter und in Bayern noch eine kleinere Landesbehörde in München.

Neben der Kernaufgabe des Beschussamtes, Waffen und Munition zu prüfen, kamen im Laufe der Zeit Materialprüfungen hinzu. Nach durchaus marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten werden auch beispielsweise



Bei der Einweihung (von links): Bürgermeister der Stadt Mellrichstadt Eberhard Streit, Beschussamtsleiter Horst Willner, Staatsministerin Ilse Aigner, Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld Thomas Habermann, Leiter des Staatl. Bauamts Schweinfurt Holger Bothe

Schutzwesten, Schutzhelme, Schutzschilde, Verglasungen, gepanzerte Fahrzeuge oder Türen auf ihre Schutzwirkung untersucht.

Überlegungen, das Beschussamt zu privatisieren, entkräftete Ende 2008 der damalige Finanzminister Erwin Huber auf seiner Reise in Mellrichstadt: „Das Beschussamt am Standort Mellrichstadt hat Zukunft.“

Am 22. September 2016 wurde der Neubau des Beschussamtes in Anwesenheit von Staatsministerin Ilse Aigner, des Staatssekretärs Gerhard Eck, der parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär, des Landrats Thomas Habermann und des Bürgermeisters Eberhard Streit eingeweiht. Mit diesem hochmodernen, energieeffizienten und barrierefreien Gebäude schreibt das Beschussamt an seiner Erfolgsgeschichte weiter und blickt nun in eine große und glänzende Zukunft. Aufträge erhält das Beschussamt nicht nur von Waffenherstellern, der Polizei oder der Bundeswehr, sondern von Einrichtungen aus der ganzen Welt.

Geplant und bauüberwacht wurde das Vorhaben vom Staatlichen Bauamt Schweinfurt. Das Gebäude selbst erfüllt technisch komplexe und einzigartige Ansprüche, die einen hohen Planungsaufwand erforderten. In Teilen dreigeschossig umfasst der Bau 4.800 m<sup>2</sup> Bruttogrundfläche und 21.900 m<sup>3</sup> Bruttorauminhalt. Die Baukosten belaufen sich auf 16,2 Millionen €.

Das Beschussamt gliedert sich in einen langgestreckten holzbelegten Hauptbaukörper mit der Verwaltung und einem aufgesetzten Schulungs- und Sozialbereich. In einem monolithischen, mit Cortenstahl umhüllten, fast öffnungsfreien Kubus befinden sich die anspruchsvollen Bereiche der Beschusstechnik. Die Schieß- und Materialprüfstände sind in einer Raum-in-Raum-Bauweise hergestellt, um den ungewöhnlich hohen Schallpegeln gerecht zu werden.

Der Bau im Niedrigenergiehausstandard unterscheidet die Anforderungen der Energieeinsparverordnung um ein Drittel. Wärme und Strom werden erzeugt durch eine Verbindung von Blockheizkraftwerk, Photovoltaikanlage, einem Kombikessel für Holzpellets und Hackschnitzel sowie einer Gastherme für Energiespitzen.

Ludwig Dorbath



Schulungsraum

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1415

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Größte Feuerwehr-Übungshalle Deutschlands

„Hochmodern und mit den neuesten technischen Standards ... Unsere Feuerwehrmänner und -frauen können hier unter den besten Bedingungen und sehr realitätsnah für den Ernstfall proben.“ Dies betonte am 3. November 2016 Staatssekretär Gerhard Eck in seiner Festrede zur offiziellen Einweihung der 5.500 m<sup>2</sup> großen Übungshalle. Mit 77 m Länge, 40 m Tiefe und 21 m Höhe entspricht sie dem Volumen von etwa 100 Einfamilienhäusern oder dem halben Rauminhalt der Residenz Würzburg.



Fotos: Staatliches Bauamt Würzburg

Schlüsselübergabe mit (von links) Bauamtsleiter Joachim Fuchs, Architekt Professor Dr. Ing. h. c. Volkwin Marg, Feuerwehrschulleiter Dr. Roland Demke und Staatssekretär Gerhard Eck

Unter der Projektleitung des Staatlichen Bauamts Würzburg wurde das 22 Millionen € teure Gebäude vom Hamburger Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner geplant. Zwei weiße Stahlbetonrahmen bilden zwei Volumen, wobei die Fassaden zwischen den Rahmen großflächig verglast sind. In der verglasten Ostansicht steckt eine massive Übungswand mit Balkonen, Fenstern und Gauben, an der Einsätze mit Leitern geübt werden können. Die Länge der Halle gestattet es, im Innern einen ganzen Löschzug unterzubringen. Hier können Einsätze an verschiedenen Szenarien im Maßstab 1:1 geübt werden: Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus und Hochhaus, Gaststätte, Lebensmittelladen, Arztpraxis, überflutete Keller und Tiefgarage, Krankenhaus- und Hotelzimmer, Spedition mit Gleisanschluss und Hochregallager.

Von modernster rechnergestützter Simulationstechnik kann dabei Feuer, Rauch und Lärm erzeugt werden. Menschen in Not werden von Puppen dargestellt, die zum jeweiligen Einsatzort gesteuert werden können. Das Dachflächenwasser wird in einer Zisterne gesammelt und als Löschwasser verwendet.



Einsatzübung zur Einweihung

Außerdem wird die Dachfläche an einen Investor verpachtet, der dort eine 600 m<sup>2</sup> große Photovoltaikanlage aufstellen kann.

Neben der Übungshalle wurde durch das Staatliche Bauamt das Brandübungshaus erweitert und eine Energiezentrale und eine Fahrzeughalle mit Seminarräumen errichtet. So beläuft sich die Gesamtinvestition auf über 30 Millionen €

Ab 2017 soll mit dem Bau eines Außenübungsgeländes begonnen werden. Als Szenarien wird es einen Bauernhof, einen Übungsteich, einen Schnellimbiss und Gleisanlagen geben. Die Baukosten werden bei 6,1 Millionen € liegen.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1415

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

Die neue Übungshalle und ihre Lage in der Zellerau



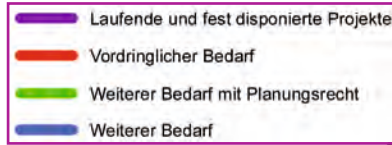
# Bundesverkehrswegeplan 2030 – Auswirkungen auf den Straßenbau in Unterfranken

Der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 ist das zentrale Element der Verkehrsinfrastrukturplanung des Bundes und stellt wichtige verkehrspolitische Weichen für den Planungshorizont bis 2030. Er umfasst bundesweit rund 1000 Projekte aus den Bereichen Schiene, Straße und Wasserstraße. Das Gesamtvolumen beträgt 269,6 Milliarden €. Davon entfallen auf die Bundesfernstraßen 132,8 Milliarden € (49,3%), die Schienenwege erhalten 41,6% und die Wasserstraßen 9,1% der Finanzmittel. Um eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung zu gewährleisten konnten sich erstmals Bürgerinnen und Bürger zum BVWP äußern. Insgesamt wurden fast 40.000 Stellungnahmen abgegeben.

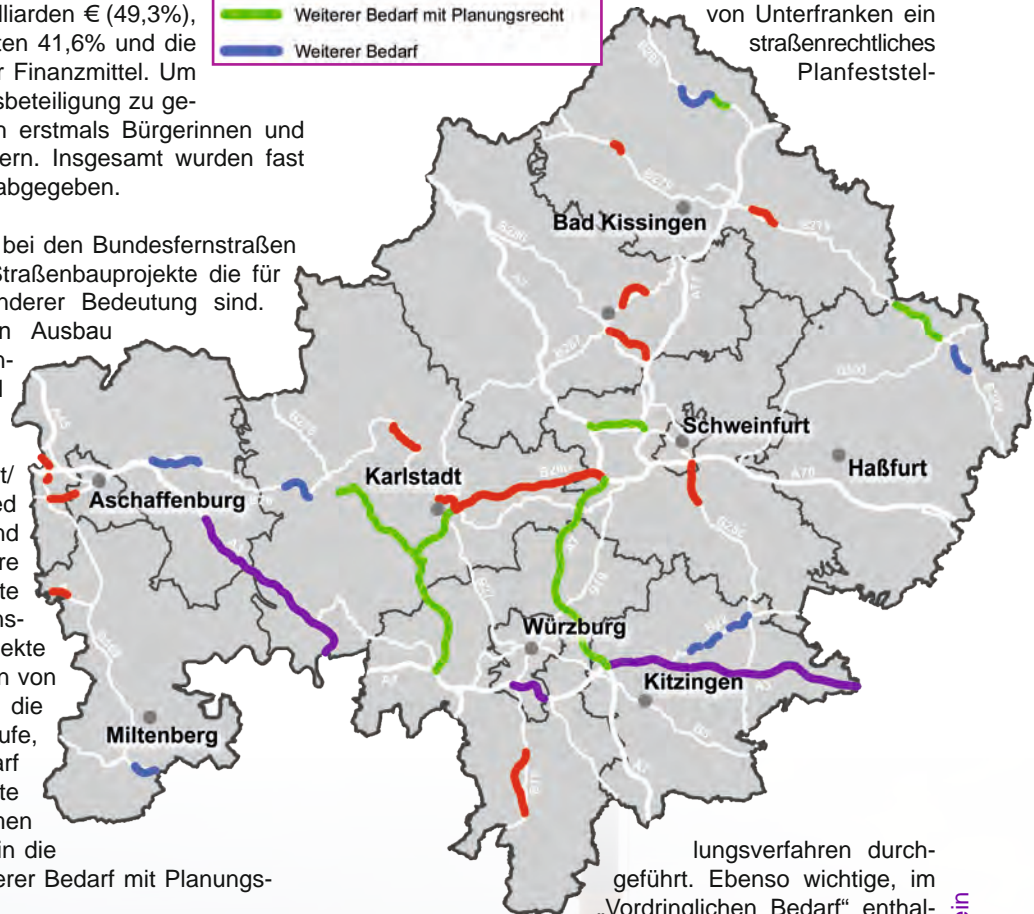
Der BVWP 2030 enthält bei den Bundesfernstraßen erfreulicherweise viele Straßenbauprojekte die für Unterfranken von besonderer Bedeutung sind. Neben dem 6-streifigen Ausbau der A3 von Aschaffenburg bis Nürnberg (rund 1,4 Milliarden €) und dem 6-streifigen Ausbau der A7 von Schweinfurt/Werneck bis Biebelried (ca. 0,5 Milliarden €) sind in Unterfranken weitere 25 Bundesstraßenprojekte im BVWP enthalten. Insgesamt sind zwölf Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 231 Millionen € in die höchste Dringlichkeitsstufe, den „Vordringlichen Bedarf (VB)“, und sechs Projekte mit einem Finanzvolumen von ca. 700 Millionen € in die Dringlichkeitsstufe „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ (WB\*) eingestuft.

Von besonderer Bedeutung ist die B26n zwischen der A7 und der A3 (rund 172 Millionen €), die in zwei Abschnitten im BVWP enthalten ist. Vordringlich ist der erste Abschnitt vom Autobahndreieck Schweinfurt/Werneck bis Karlstadt (VB), da hierdurch die Werntalgemeinden vom Verkehrsdruck entlastet und der nordwestliche Landkreis Main-Spessart besser

erschlossen werden soll. Ebenso erfreulich für Unterfranken ist die vordringliche Einstufung des 4-streifigen Ausbaus der B286 zwischen Schweinfurt und Schwebheim (rund 27 Millionen €) und der B279, Ortsumgehung von Wegfurt (ca. 4 Millionen €).



Für beide Maßnahmen wird derzeit von der Regierung von Unterfranken ein straßenrechtliches Planfeststell-



ungsverfahren durchgeführt. Ebenso wichtige, im „Vordringlichen Bedarf“ enthaltene Projekte, sind beispielsweise die B286 zwischen Bad Kissingen und der A71 (rund 25 Millionen €), der 4-streifige Ausbau der B469 zwischen der A3 und der A45 (und 4 Millionen €) und der 6-streifige Ausbau der B469 zwischen der A3 und der Kreisstraße AB16 (ca. 16 Millionen €) bei Aschaffenburg.

Christoph Eberlein

## Vordringlicher Bedarf (VB)

- B19, OU Giebelstadt – Euerhausen
- B26, OU Gemünden
- B26, Aschaffenburg – B 469
- B26n, AK Schweinfurt/Werneck (A7) – Karlstadt
- B279, OU Wegfurt
- B279, OU Saal a.d. Saale
- B286, Bad Kissingen – B 19
- B286, Schweinfurt – Schwebheim
- B287, OU Nüdlingen
- B426, OU Mömlingen
- B469, A3 – A45
- B469, A3 – Kreisstraße AB16

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1432  
E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

## Weiterer Bedarf mit Planungsrecht (WB\*)

- A7, AD Schweinfurt/Werneck – AK Biebelried
- B26n, Karlstadt – A3
- B276, Zubringer Lohr
- B279, Voccawind – Ermershausen
- B285, OU Stockheim
- B303, AS Wasserlosen (A7) – Schweinfurt

# Tag der Städtebauförderung 2016

Auf Grund der geleisteten finanziellen und fachlichen Unterstützung im Rahmen der Städtebauförderung konnten seit 1971 eindrucksvolle Erfolge in der Sanierung unserer unterfränkischen Städte und Gemeinde erreicht werden.

Über 550 Millionen € flossen aus Mitteln des Bundes, des Landes Bayern und der europäischen Union allein in städtebauliche Vorhaben.

Allerdings ist das erfolgreiche Gemeinschaftsprojekt „Städtebauförderung“ in der Öffentlichkeit bisher immer noch wenig bekannt. So stellte die Bauministerkonferenz im September 2012 den Bedarf für ein „Kommunikationsformat“ fest, das die baulichen Ergebnisse und den Prozess der integrierten Stadtentwicklung gleichermaßen bundesweit besser zur Geltung bringen soll.

Hieraus entstand das von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Partnern getragene Projekt für einen neuen, bundesweiten Aktionstag. Durch den „Tag der Städtebauförderung“ werden einer

Foto: Stadt Lohr a. Main



Eröffnung der „Alten Turnhalle“ in Lohr am Main

breiten Öffentlichkeit Informationen zu Aufgaben, Umsetzung und Ergebnissen der Städtebauförderung näher gebracht. Bürgerinnen und Bürger sowie weitere lokale Akteure sollen auf diese Weise zur Mitwirkung an Gebietsentwicklungen motiviert werden und Projekten in kleineren Gemeinden, Mittel- und Großstädten ein Forum bieten.

Am 9. Mai 2015 fand der erste „Tag der Städtebauförderung“ statt. Diese Premiere war ein großer Erfolg: Bundesweit hatten sich 582 Kommunen mit rund 1.500 vor Ort organisierten Veranstaltungen daran beteiligt. Von den 113 bayerischen Kommunen waren 15 Gemeinden aus Unterfranken dabei. So konnten an diesem Tag unter anderem das Dienstleistungszentrum in Iphofen unter Teilnahme von Staatssekretär Gerhard Eck und die „WeinKulturGaden“ in Thüngenheim unter Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eingeweiht werden.

Dem Aufruf zum zweiten „Tag der Städtebauförderung“ am 21. Mai 2016 waren 93 bayerischen Kommunen gefolgt, darunter 15 unterfränkische Städte und Gemeinden, die sich hierfür offiziell auf der Internetseite ([www.tag-der-staedtebaufoerderung.de](http://www.tag-der-staedtebaufoerderung.de)) registrieren ließen.



## Tag der Städtebauförderung 2016

Von Ausstellungen, Vorträgen, Stadtrundgängen, Spatenstichen, Baustellen- und Objektbesichtigungen bis hin zu Einweihungen sanierter Gebäude oder Freiräume reichten die Angebote für Bürgerinnen und Bürger. Damit wurde die Vielfalt der von der Städtebauförderung unterstützten Projekte aufgezeigt. So wurde an diesem Tag unter anderem die gelungene Sanierung der „Alten Turnhalle“ in der Altstadt von Lohr a. Main unter Beisein von Regierungsvizepräsident Jochen Lange gefeiert und ein Mehrgenerationenhaus in Goldbach seiner Bestimmung als Begegnungsstätte übergeben.

Natürlich ist die Teilnahme am „Tag der Städtebauförderung“ für die Förderkommunen nicht verpflichtend, aber sinnvoll und wünschenswert. Alle interessierten Kommunen sind deshalb herzlich eingeladen, sich erstmals oder erneut hieran zu beteiligen und dieses bundesweite Format als Bühne für ihre Gebietsentwicklung zu nutzen. Der nächste „Tag der Städtebauförderung“ findet am 13. Mai 2017 statt.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1440

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Martina Müller

Informativer Stadtspaziergang in der Stadt Schweinfurt

# Wohnraumförderung „An der alten Landebahn“ im neuen Stadtteil Hubland

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis jedes Menschen und in der Bayerischen Verfassung verankert. Die Erhaltung und der Neubau von bezahlbarem Wohnraum gehören zu den wichtigsten Hauptaufgaben in der Wohnungspolitik des Freistaates Bayern. Die staatliche Unterstützung im Rahmen der Wohnraumförderung ist dabei ein großer Anreiz für die Umsetzung und gleichzeitig ein wirksames Instrument zur Beseitigung der aktuellen Wohnraumversorgungslücke.

gefördert. Diese soziale Verantwortung, die eine unverzichtbare Basis der Wohnraumförderung ist, wird von Wohnungsbaunternehmen wie der Stadtbau Würzburg GmbH wahrgenommen.

Ein aktuelles und sehr bedeutsames Wohnraumförderprojekt ist der Neubau von 9 Mietwohngebäuden auf dem sogenannten Hubland-Areal (ehemaliges Kasernengelände der US-Amerikaner) im Norden Würzburgs. Die Nähe zur Universität, das zukunftsweisende Energiekonzept und die großräumigen Grünflächenvernetzungen, auf denen 2018 die Landesgartenschau stattfinden wird, zeichnen den neuen lebendigen Stadtteil aus und lassen die Entwicklung zu einer bevorzugten Wohnlage realistisch erscheinen.

Umso mehr freut es uns, dass in dieser städtebaulich bedeutsamen Lage direkt am Landschaftspark des Gartenschaugeländes moderner und bezahlbarer Wohnraum entsteht. Das neue Wohnprojekt „An der alten Landebahn“ umfasst insgesamt 175 Mietwohnungen, davon werden 90 barrierefreie Wohnungen, einschließlich 5 Rollstuhlfahrer-Wohneinheiten, im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung/EOF gefördert. Die Fördersumme beträgt insgesamt ca. 10,9 Millionen € (staatliches Darlehen in Höhe von 9.343.500 € und ein Zuschuss in Höhe von 1.584.200 €) und die Gesamtkosten der Baumaßnahme wurden mit rund 40 Millionen € ermittelt.

Die Stadtbau Würzburg GmbH (kommunales Wohnungsunternehmen der Stadt Würzburg) ist Bauherr und für uns ein wichtiger und verlässlicher Partner bei der Umsetzung des Bayerischen Wohnraumförderprogramms. Die Regierung von Unterfranken (Sachgebiet 35 „Wohnungswesen“) hat die geplanten Neubaumaßnahmen förder- und fachtechnisch begleitend beraten. Das Projekt ist auf einem guten Weg und liegt vorbildlich im Kosten- und Terminplan. Die

Fertigstellung ist im Frühjahr 2018 vor der Eröffnung der Landesgartenschau in Würzburg geplant.



Foto: Stadtbau Würzburg GmbH / Rainer Wengel Fotografie

Grundsteinlegung im Juni 2016 mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatssekretär Gerhard Eck (3. von rechts), den Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal (links) und Oliver Jörg (2. von links), Bürgermeister Dr. Adolf Bauer (rechts)

Ziel der Mietwohnraumförderung ist die Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten, die sich am privaten Wohnungsmarkt nicht angemessen mit Wohnraum selbst versorgen können. Insbesondere werden Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Studierende vorrangig



Foto: Stadtbau Würzburg GmbH

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1446

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

Richtfest im Oktober 2016

# Regierung von Unterfranken unterstützt praxisorientierte Schülerwettbewerbe

## Schülerwettbewerb „Muster bilden“

### Feierliche Preisübergabe durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer

Der große Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi forderte Ende des 18. Jahrhunderts bereits die Bildung von Kopf, Herz und Hand. So sah es der Bereich 4 „Schulen“ auch als angemessene Aufgabe den Schülerwettbewerb des Initiative Handarbeit e.V. logistisch zu unterstützen.

Und so ging es am Mittwoch, dem 15. Juni 2016 im Großen Sitzungssaal der Regierung von Unterfranken regelrecht „bunt“ zu. Die Regierung lud gemeinsam mit dem Initiative Handarbeit e.V. zur Preisverleihung des Schülerwettbewerbes „Muster bilden“ ein. Mehr als 40 Schüler, Lehrkräfte und Eltern waren gespannt, welche Klassen der 368 Grund- und Mittelschulen Unterfrankens Bezirksieger wurden.



„Ordnung und Chaos“ – Erster Platz der Jahrgangsstufe 1/2. Johann-Baptist-Graser-Grundschule Eltmann

Der Initiative Handarbeit e.V. ist ein Zusammenschluss führender Anbieter der Handarbeitsbranche in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der Verband zeichnet sich durch ein hohes soziales Engagement aus. So war die Regierung sofort bereit, den Wettbewerb logistisch und mit fachkompetenten Juroren zu unterstützen.

**Ziel des Wettbewerbes** war es, Kinder und Jugendliche für traditionelle und moderne Handarbeitstechniken zu begeistern. Die jungen Künstler haben gestrickt und gehäkelt, es wurde genäht und gefilzt. Die Auswahlgremien setzten sich zusammen aus den Fachberaterinnen für Ernährung und Gestaltung der jeweiligen Schulamtsbezirke. „Eine schwere Entscheidung war das“, sagte die Jury-Vorsitzende und Fachoberlehrerin Barbara Beuerlein (Grund- und Mittelschule Haßfurt) beim Aufstellen der vielen so unterschiedlichen Werke.

Maßgeblich waren sowohl Originalität und konkrete Umsetzung des Themas als auch die handwerkliche Ausführung im Detail. Es wurden jeweils drei Preise in

drei Altersstufen vergeben, die vom Initiative Handarbeit e.V. gestiftet worden sind.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dankte der Fachoberlehrerin Barbara Beuerlein für den Juryvorsitz, Gert Eberhart, Geschäftsführer des Initiative Handarbeit e.V., für die gute Zusammenarbeit und dem Sachgebiet 40.1 „Grund und Mittelschulen – Erziehung, Unterricht, Qualitätssicherung“ für die umfassende Begleitung des Projektes.

Wir haben „eine leistungsfähige Vorderpfote“, die nicht nur zum Tippen auf dem Smartphone geeignet ist, so Dr. Beinhofer zur Wettbewerbsidee und zum Thema Handarbeit. Die Schüler schmunzelten. Mit Blick auf die Vielzahl der gemusterten Werke stellte er weiter fest: „Das Leben ist nicht schwarz oder weiß, sondern vieles dazwischen und das erst macht das Leben bunt“.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch die Band der Gustav-Walle-Mittelschule Würzburg unter Leitung des Lehrers Manfred Müller.

Jeannette Mathy

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1308

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



Mit dem Fingerzeig auf „seine Wolke“ erklärt der Schüler der Georg-Göpfert-Mittelschule Eltmann die Teamarbeit für das zweitplatzierte Projekt „Was Schafwolle alles kann“ der Jahrgangsstufe 5/6.

# „Extraportion Bildung in den Ferien“

Vielseitig interessierte und begabte bayerische Mittelschülerinnen und Mittelschüler zu Gast in Unterfranken



Die begabten bayerischen Mittelschülerinnen und Mittelschüler werden von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer empfangen.

Ferien können für Schülerinnen und Schüler eigentlich meist gar nicht lang genug sein.

Für 24 bayerische Mittelschülerinnen und -schüler endeten die diesjährigen Sommerferien jedoch eine Woche früher. Aufgrund ihrer Begabung, ihrer vielseitigen Interessen und ihrem Engagement für ein soziales Miteinander wurden die Jugendlichen vom Bayerischen Bildungsministerium ausgezeichnet und als Zeichen der Anerkennung zu einem sechstägigen Ferienseminar nach Unterfranken eingeladen.

Bayerische Ferienseminare gibt es seit mehr als 25 Jahren für alle Schularten. Die eingeladenen Schülerinnen und Schüler werden im Vorfeld von der Schulleitung ihrer Schule ausgewählt und dem Ministerium vorgeschlagen. Sehr gute Noten sind hierfür ein wichtiges Kriterium, doch das alleine reicht nicht. Die Jugendlichen müssen sich darüber hinaus sozial engagieren und auch für Kunst oder Musik interessieren. So arbeiten viele an ihrer Schule im Schulsanitätsdienst, andere haben eine Ausbildung als

Streitschlichter durchlaufen und die meisten spielen ein Instrument oder befinden sich gar in einer Gesangsausbildung. Im Rahmen der Bayerischen Ferienseminare bieten sich für die jungen Leute weitere Anreize ihre Interessen und Begabungen auszubauen. Das Wochenprogramm enthält stets Angebote vom kulturellen, sportlichen bis hin zum wissenschaftlichen Bereich und weist darüber hinaus auch einzelne berufsorientierende Bausteine zur Förderung der Berufswahlkompetenz auf.

Der Bereich 4 „Schulen“ der Regierung von Unterfranken, der mit der Organisation und Durchführung des Ferienseminars 2016 beauftragt war, stellte für die Jugendlichen ein sehr attraktives und abwechslungsreiches Programm zusammen, damit diese Woche zu einem guten und erinnerungswürdigen Erlebnis werden konnte.

Am Samstag, den 3. September 2016 reisten die 12- bis 14-jährigen Schülerinnen und Schüler aus allen sieben bayerischen Regierungsbezirken nach Würzburg



Gewässeruntersuchungen an der Elsava bei 15°C Wassertemperatur



Teambildung mit Tauziehen



an. Einige waren schon seit Stunden per Bahn alleine unterwegs gewesen, andere wurden von ihren Eltern und Geschwistern begleitet. Je nach Naturell schritt der eine wagemutig der Jugendherbergspforte entgegen, der andere hingegen haderte noch etwas mit dem Ungewissen des Kommenden und genoss den elterlichen Schutz noch etwas länger. Da die Schüler und Schülerinnen weder Würzburg als Aufenthaltsort noch sich gegenseitig kannten, war der erste Tag für das Kennenlernen der anderen Gruppenmitglieder und der Umgebung reserviert.

Jeder weitere Tag der Seminarwoche führte die Schülerinnen und Schüler jeweils in eine andere unterfränkische Region und war einem spezifischen Thema gewidmet. Per Schiff ging es am Sonntag zunächst nach Veitshöchheim, um dort den historischen Hintergrund sowie den Aufbau des Rokokogarten zu erkunden. Abends vergegenwärtigte Würzburgs einzige Nachtwächterin den Jugendlichen bei einem Streifzug durch die Altstadt mit ihren Informationen, Erzählungen und Anekdoten geschickt das historische Würzburg. Am Montag zogen die Inhalte der Wasserschule des Schullandheims Hobbach die Jugendlichen in den Bann. Mit Keschern und Bechern fischten die Jugendlichen Flohkrebse, Wasserkäfer, Wassermilben und weitere Wassertiere aus der Elsave und lernten den Zusammenhang zwischen diesen Zeigertieren und dem Reinheitsgrad von Fließgewässern kennen.

Der Dienstagvormittag war der „Berufsorientierung“ vorbehalten. Bei einer Betriebsführung durch die Firma Knauf Gips KG in Iphofen staunten die Jugendlichen über die Dimensionen der Produktionsstraße für Gipskartonplatten sowie das ausgeklügelte Vertriebssystem und erfuhren durch die Azubis der Firma die Anforderungsprofile der unterschiedlichen Lehrberufe, die in einem solchen Werk bereit gehalten werden. Nach dem Mittagessen in der Kantine der Regierung von Unterfranken, das – nebenbei bemerkt – von den Schülern zum besten Essen der Woche gekürt wurde, war eine Führung durch die beeindruckenden historischen Räumlichkeiten der Residenz, der Hofkirche und des Hofgartens gebucht. Ein weiteres aufregendes Erlebnis, auf das sich die Schüler schon zu Wochenbeginn gefreut hatten, brachte der Mittwochvormittag: ein Empfang bei Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer stand im Mittelpunkt. Dr. Beinhofer begrüßte die Jugendlichen herzlich und legte ihnen als beste Mittelschülerinnen und -schüler Bayerns ans Herz, ein Leben lang die Perspektiven zur Weiterbildung zu

nutzen, da unsere Gesellschaft dringend fähige und motivierte junge Leute braucht.

Ihre sportliche Leistungsfähigkeit erproben und ausdifferenzieren durften die Ferienseminarteilnehmer und –teilnehmerinnen dann auch gleich anschließend in der DAV-Kletterhalle beim Toprope-Klettern und am Abend in der Schwarzlichtfabrik beim 3-D-Minigolfen.

Erneuerbare Energien und Vulkanismus waren die Themen für den Donnerstag. Über das selbstständige Experimentieren im Energiehaus des Schullandheims Thüringer Hütte wurde der Forschergeist der Jugendlichen geweckt und ihnen der Umgang mit Ressourcen nahegebracht. Am Nachmittag konnten die Schülerinnen und Schüler dann auf einer mehrstündigen Wanderung die Rhön als Landschaft vulkanischen Ursprungs kennenlernen und genießen. Das letzte Highlight wartete am Abend auf die Schülergruppe: eine nächtliche Wanderung auf den Festungsberg – begleitet von den Tönen der „singenden Säge“ und dem warmen Schein vieler Fackeln. Zu später Stunde packten die vielseitig begabten Schülerinnen und Schüler ihre Instrumente aus und sangen und musizierten für- und miteinander unterhalb der Burg mit Blick auf das nächtlich erleuchtete Würzburg.

Mit diesen Eindrücken ging eine sehr erfolgreiche Woche zu Ende, so dass der Abschied am Freitagmittag vielen Jugendlichen sichtlich schwer fiel. Einige aus der Gruppe bedankten sich bei allen Mitstreitern und dem Organisationsteam der Regierung von Unterfranken mit eigens entworfenen Reden und bekundeten ihren Wunsch nach Verlängerung oder Wiederholung der Seminarwoche.

Margit Holzgartner

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1359

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)

Schulen



Minigolfen in der Schwarzlichtfabrik Würzburg



„Crazy Games“

# Unterstützung der Lehrkräfte im Umgang mit religiöser Vielfalt und der Prävention vor religiös begründeter Ideologisierung

## ufuq.de

Jugendkulturen, Islam & politische Bildung

„Unterstützung der Lehrkräfte im Umgang mit religiöser Vielfalt – Prävention religiös begründeter Ideologisierung – Hilfen für die pädagogische Praxis“ lautete das Thema einer Fortbildungsveranstaltung der Regierung von Unterfranken am 1. Dezember 2016 für Bildungsverantwortliche aus den Grund-, Mittel-, und Förderschulen sowie den beruflichen Schulen in Unterfranken.

Abteilungsleiter Gustav Eirich konnte rund 80 Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsicht, Schulleitungen, Schulpsychologinnen und -psychologen sowie Fachberatungen Migration an der Ludwig-Erhard-Schule, Staatliche Berufsschule II, in Schweinfurt begrüßen.

Diese Veranstaltung stellt einen wichtigen Baustein in einer Reihe von Veranstaltungen zur oben genannten Thematik dar.

Bora Sari, Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz zeigte in seinem brillanten Vortrag auf, dass der Islamismus klar vom Islam abzugrenzen ist, obwohl sich die Islamisten auf den Islam berufen.

Eine Unterart des Islamismus stellt der Salafismus dar, der sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt. Nach seinen Worten ist es dabei besonders wichtig, Radikalisierungstendenzen zu erkennen und diese schnellstmöglich an den Verfassungsschutz zu melden.

Die beiden Referentinnen vom Bayerischen Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk Ufuq e. V. betonten, dass insbesondere psychisch labile und nicht gefestigte junge Menschen aller Religionen empfänglich für Anwerbemethoden radikaler Kräfte sind.

Ufuq e. V. bietet Fortbildungen, Materialien, Workshops und Internetportale an, die an den Schulen genutzt werden können, um durch gezielte Kommunikation mögliche Anzeichen einer Radikalisierung zu erkennen und zu verhindern. Die Teilnehmer der Veranstaltung konnten durch das Bearbeiten verschiedener Fallsituationen erkennen, welche Anzeichen es geben kann und wie schwer es zu ermitteln ist, in wie weit sich ein junger Mensch bereits in einem Radikalisierungsprozess befindet.

Abteilungsleiter Eirich schloss die Veranstaltung mit dem Hinweis, dass es in Zukunft für alle Lehrkräfte an den Schulen weiter von zentraler Bedeutung sein wird, den Schülerinnen und Schülern die Normen und Werte unserer Demokratie zu vermitteln und kontinuierlich im Gespräch zu bleiben, um Radikalisierungstendenzen zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1304

E-Mail: [schulen@reg-ufbr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufbr.bayern.de)

*In einer Arbeitsphase werden beispielhafte Radikalisierungsverläufe behandelt und Interventionsmöglichkeiten der Lehrkräfte analysiert.*

Maria Walter



# Der Deutsche Krieg 1866

## Aktive Erinnerungspraxis an unterfränkischen Grund- und Mittelschulen



Im vergangenen Sommer jährt sich die Kriegsgeschehnisse des Deutsch-Deutschen Konfliktes von 1866, den man als Wendepunkt sowohl der deutschen wie der europäischen Geschichte bezeichnen kann, bereits zum 150. Male. Doch Spuren dieses Krieges sind auch heute noch gegenwärtig. So gibt es beispielsweise in Unterfranken noch immer Häuser, in denen Kanonenkugeln von damals stecken oder die Beschuss-Spuren aufweisen. Auf den Feldern bei Frohnhofen werden immer noch Gewehrkugeln gefunden. In den Dickichten unserer Wälder entlang der Mainlinie kann man auf moderne Reste von Holzkreuzen treffen, und Inschriften auf Grabsteinen verweisen auf damalige preußische oder bayerische Gefallene.

Alle Schulleitungen im Regierungsbezirk Unterfranken wurden angesichts des 150-jährigen Gedenkjahrs daher gebeten, an ihrer Schule an dieses historisch bedeutsame und auch heimatkundlich relevante Ereignis altersstufengerecht und in didaktisch geeigneter Form zu erinnern. Um die Schulleitungen in dieser Aufgabe zu unterstützen, stellte der Bereich 4 „Schulen“ der Regierung von Unterfranken hierfür eigens Text- und Bildmaterial sowie eine PowerPoint-Präsentation zusammen. Weiterhin wurden alle Schulen über die in ihrer Region stattfindenden Gedenkveranstaltungen, Eröffnungen von Dauerausstellungen und auch Theateraufführungen informiert. Besonders die Dauerausstellungen waren für die Klassen interessant. Konnten diese doch -methodisch für die verschiedenen Jahrgangsstufen aufbereitet- in schüleraktivierender Weise für die Konsolidierung einer Erinnerungskultur vor Ort genutzt werden.

Zusätzlich haben auch einzelne Lehrkräfte zum Thema Deutsch-Deutscher Krieg

ausgiebig recherchiert und weiteres Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt. Für den Raum Bad Kissingen gilt besonderer Dank einem Mitglied des Friedensforums im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Frau Claudia Landgraf. Sie hat in einem



*Schülerinnen und Schüler der Anton-Kliegl-Mittelschule in Bad Kissingen pflegen mit ihrer Klassenlehrerin Frau Christina Danz Soldatengräber des Krieges von 1866.*

Brief an die Kolleginnen und Kollegen aller Grund- und Mittelschulen im Schulamtsbezirk ein Repertoire an unterrichtlichen Zugangsmöglichkeiten zusammengestellt und zusätzlich eine kindgerecht konkretisierte Darstellung des lokalen Geschehens in Bad Brückenau, Bad Kissingen, Münnerstadt sowie Nüdlingen beigelegt.

Bemerkenswert ist auch die Idee einer weiteren Klassenlehrkraft, die ihrer Klasse das Thema näherbrachte, indem die Schüler und Schülerinnen bei der Pflege der Gräber unbekannter Soldaten am Kapellenfriedhof in Bad Kissingen halfen und dabei der 151 Opfern gedachten, die beim Gefecht am 10. Juli 1866 gefallen waren und dort bestattet sind. Die beteiligten Schüler erstellten dann eine Fotocollage und präsentierten diese in der Schülerzeitung, so dass auch alle Mitschüler auf das dramatische Ereignis, das sich vor 150 Jahren auf unserem unterfränkischen Boden abgespielt hat, aufmerksam gemacht wurden.



*Feldküche aus der Zeit des Deutschen Krieges im Museum für Militär- und Zeitgeschichte, Stammheim*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1359

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)

# Miltenberg: Hochwasserschutz und städtebauliche Entwicklung gehen Hand in Hand

Ein neues Kapitel in der über 750-jährigen Geschichte Miltenbergs konnte am 1. Juli 2016 aufgeschlagen werden: Die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf weihte das vollständige Hochwasserschutzsystem für die Altstadt ein, das mit einer beispielhaften städtebaulichen Entwicklung der Flächen entlang

Städtebauförderungsprogramme unterstützt. Bedeutende Förderungsmaßnahmen waren in diesen fast 40 Jahren beispielsweise der Umbau des sogenannten Mainzer Kaufhauses zu einem Bürgerhaus, die Sanierung der ehemaligen Amtskellerei, die Erweiterung des Heimatmuseums, die Neugestaltung des Marktplatzes (Schnatterloch), die Umgestaltung der Hauptstraße mit teilweiser Umnutzung zur Fußgängerzone, die Neugestaltung des Engelplatzes aber auch die Sanierung der Miltenberg als Zweigmuseum der Diözese Würzburg.

Doch solange die Stadt immer wieder von Hochwasser heimgesucht wurde, drohte ein schleichender Funktionsverlust der Innenstadt. Ungenutzte Wohnungen und Leerstände im Einzelhandels- und Gastronomiebereich waren typische Indikatoren dafür. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen drohten der Innenstadt negative Entwicklungstendenzen. Diese Abwärtsspirale war zunehmend erkennbar. Dem galt und gilt es entgegenzuwirken. Der durchgängige technische Hochwasserschutz leistet sicherlich einen großen Beitrag dazu.

Neben der Funktion, die Fluten des Mains bis zu einem hundertjährigen Hochwasser von der Stadt fern zu halten, was in Miltenberg einem Abfluss von 2.400 Kubikmetern pro Sekunde entspricht, untergliedert die Schutzwand das Mainufer in verschiedenen Ebenen und setzt neue städtebauliche Akzente. So präsentiert sich das Mainvorland nun als Aufenthaltsbereich und Erholungsraum und bietet ein innerstädtisches Naturerlebnis für Besucher und Bewohner der Stadt. Dazu tragen ansprechende Weggestaltungen, Sitzbänke und Sitzstufen sowie Grünflächen bei, die zum Flanieren und Verweilen einladen.

Zwei Flussforen – in den Main hineinragende, begehbare Plattformen – ermöglichen es, dem Wasser ganz nahe zu kommen und neue Perspektiven zu erfahren. Auch der hinter der Hochwasserschutzwand liegende öffentliche Raum erhielt ein neues Gesicht, das bei Nacht über ein speziell entwickeltes Beleuchtungskonzept besonders in Szene gesetzt wird.



Foto: Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg

*Umweltministerin Ulrike Scharf lobte die gelungene Komposition aus technischem Hochwasserschutz und städtebaulicher Entwicklung*

des Mains einhergeht. In ihrer Festrede unterstrich sie, dass das Bauwerk nicht nur einen zeitgemäßen Hochwasserschutz biete, sondern auch ein neuer Ort der Lebensfreude entstanden sei.

In der Tat zeigt sich in Miltenberg in vorbildlicher Weise, wie sich massive Bauteile mit hohem städtebaulichem Engagement in das sensible Mainvorland einfügen können. Dies war dem Freistaat Bayern als Vorhabensträger des Hochwasserschutzes und der Stadt Miltenberg von Anfang an ein wichtiges Anliegen.

Im Zuge der insgesamt 17 Jahre dauerenden Planungs- und Bauzeit bot die Errichtung des Jahrhundertbauwerks zahlreiche Gelegenheiten, die Bemühungen der Städtebauförderung zum Erhalt des Altstadtensembles fortzuführen. Bereits seit 1977 wird die Stadt in ihrer Bestrebung zur Stadtsanierung in Erneuerungsgebieten über verschiedene



Fotos: Stadt Miltenberg



Foto: Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg

In einer Kapsel wurden „Zeitzeugen“, wie ein Handy, Münzen und eine Tageszeitung, in die Hochwasserschutzwand eingelassen. Von rechts nach links: 1. Bürgermeister Helmut Demel, Umweltministerin Ulrike Scharf, Behördenleiter Dr. Herbert Walter, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer

Die Gestaltung ist insgesamt vielfältig und weitreichend. So wurde auch die angrenzende Mainstraße in das Konzept eingebunden. Durch die Verschmälerung der Fahrspur konnte ein großzügiger, gut gestalteter öffentlicher Raum mit barrierefreien Gehwegen geschaffen werden. Die Platzgestaltung am westlichen Eingangsbereich zum Schwarzviertel begrüßt den Besucher der Altstadt nun mit einer attraktiven Stadtansicht. In diesem Zusammenhang neu geschaffene Parkmöglichkeiten gewährleisten zudem eine gute Erreichbarkeit des Zentrums.

Auch neu gestaltete Grünflächen und Baumreihen sind ein integraler Bestandteil des gesamten Umfeldes, bringen grüne Akzente und verbinden die Wasserräder mit der kompakten steinernen Altstadt.

Durch die Maßnahmen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Menschen in historisch gewachsenen Siedlungsbereichen besser leben, arbeiten und wohnen können. Die Stadt bietet auch jungen Familien in Zukunft ein neues Zuhause.

Das Hochwasserschutzprojekt, in das der Freistaat Bayern, die Stadt Miltenberg und (zum Teil) die Europäische Union 29 Millionen € an Fördermitteln investierten, stand unter der Federführung des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg. Die Stadt Miltenberg war Vorhabensträgerin für die begleitenden städtebaulichen Maßnahmen. Diese förderte die Regierung von Unterfranken mit insgesamt 2,5 Millionen € Zuschüssen aus verschiedenen Bund-Länder-Städtebauförderungsprogrammen und unterstützte die Stadt bei den fachlichen und gestalterischen Fragen.

Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Miltenberg können sich über diese gelungene Baumaßnahme freuen. Auch Besucher der mittelalterlich geprägten Stadt genießen die Vorzüge des neugestalteten Uferbereichs. Unser Tipp: einfach mal vorbeischaun...

**Kontakt**

Tel.: 0931/380-1375 / 1442  
 E-Mail: wasser@reg-ufr.bayern.de  
 E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Axel Bauer, Daniela Kircher



# Seltene Art hilft seltenen Arten

Am 1. August 2016 war es endlich soweit. sechs Przewalskistuten wurden in die „freie“ Wildbahn auf die sogenannte „Schweinheimer Exe“, einen zuletzt von der US-Army genutzten ehemaligen Exerzierplatz des Königreichs Bayern, entlassen. Auf diesen Tag hatten die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Bundesforstbetrieb Schwarzenborn, die DB AG, die Stadt Aschaffenburg als untere Naturschutzbehörde und die Regierung von Unterfranken als höhere Natur-

Entwicklungsplans bzw. des Managementplans Natura 2000 Überlegungen für eine Beweidung, insbesondere mit Wildpferden, angestellt. Allerdings scheiterten alle Überlegungen an der finanziellen Dimension eines solchen Projektes. Bis sich eine andere Lösung aufat. Die DB Netz AG suchte dringend Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Gleichzeitig wurde die Bayerische Kompensationsverordnung eingeführt, die einen flexibleren und zielgerichteten Umgang mit notwendigen Kompensationsmaßnahmen erlaubt. So konnten DB AG und BImA einen Vertrag über die Bereitstellung von Flächen und die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen für die Ausbaustrecke Hanau-Nantenbach schließen. Aufgrund der Kenntnisse der höheren Naturschutzbehörde über die Entwicklung von halboffenen Weidelandschaften und der Erfahrung der BImA mit Przewalski-Pferden auf ihren Liegenschaften entschloss man sich nun, eine Koppel mit einer Größe von 60 ha für Przewalski-Pferde zu bauen, um einerseits die Fläche zu beruhigen und andererseits die Verbuschung sowie Verbrachung des Offenlandes zu verhindern. Aufgrund des Verhaltens der Pferde werden auch die Bestände von Neuntöter, Heidelerche und der Ziegenmelker wieder zunehmen. Durch ihren Huftritt und ihr Wälzverhalten werden die Wildpferde offene Bodenstellen schaffen. Dies ähnelt dem Panzerfahrbetrieb auf dem Übungsplatz sehr, der ihn naturschutzfachlich so wertvoll gemacht hat.



*Freilassen der Tiere aus den Transportern Zoo Münster und Zoo Leipzig*

schutzbehörde lange gewartet. Schon nach wenigen Stunden hatten sich die Tiere aus Leipzig, Münster, Munster und Österreich an ihre neue Umgebung gewöhnt. So konnte nun Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 14. September 2016 auch offiziell das Naturschutzgebiet „Ehemaliger Standortübungsplatz Aschaffenburg und Altenbachgrund“ zusammen mit Axel Kunze, Vorstandsmitglied der BImA, Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Oberbürgermeister Klaus Herzog sowie Gerd-Dietrich Bolte, Leiter Großprojekte DB Netz AG, Regionalbereich Mitte, und dem Staatsminister der Justiz, Prof. Dr. Winfried Bausback, nach 3-jähriger Planung mit einer naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahme der DB Netz AG veredeln.



*Enthüllung der Infotafeln (von links): Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Dr. Christian Barth, Amtschef des StMUV*

Das am 21. Dezember 2010 ausgewiesene Naturschutzgebiet, dessen Offenlandteile auch als Natura-2000-Gebiet gemeldet sind, wurde von 1914 bis 2008 militärisch genutzt. Insbesondere durch den Übungsbetrieb der Amerikaner mit Panzerfahrzeugen entstanden gehölzfreie, zum Teil sandige Flächen, die in der „normalen“ Kulturlandschaft kaum noch vorkommen. Sie sind deshalb wertvoller Rückzugsraum für seltene Pflanzen, wie Silbergras und Heidenelke. Auch bodenbrütende Vogelarten wie die Heidelerche sowie Kreuzkröte und Gelbauchunke kommen in den durch den Panzerfahrbetrieb entstandenen Kleingewässern vor. Trotz Schafbeweidung konnte aber eine zunehmende Verbuschung mit Verlust der wertvollen Kleingewässer nicht verhindert werden. Gleichzeitig wuchs der Erholungsdruck auf diese Fläche im Naturschutzgebiet, so dass auch der endgültige Verlust der Heidelerchen-Bestände durch Spaziergänger und Hunde zu befürchten war. Seitens BImA und Naturschutzbehörden wurden auf der Grundlage des von der Regierung von Unterfranken beauftragten Pflege- und

Das Przewalskipferd ist die noch einzig existierende Wildpferdeart. Die Tiere galten bereits als ausgestorben, bis sie der russische Forschungsreisende Nikolai M. Przewalski (Namensgeber) am Rande der Wüste Gobi entdeckte. Durch Nachzucht in einigen Tiergärten im Rahmen des europäischen Erhaltungszuchtprogramms (EEP) konnte die Tierart gerettet werden. Auch die Koppel auf dem Schweinheimer „Exe“ ist Bestandteil des EEP, da die beteiligten Zoos nicht genügend Freiflächen für das Erhaltungszuchtprogramm zur Verfügung stellen können. So hilft eine seltene Art durch ihr Verhalten, anderen seltenen Arten zu überleben.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1167

E-Mail: [umwelt@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt@reg-ufr.bayern.de)

Jörg Steinhoff

# Das Trocken- und Hitzejahr 2015: Extremjahr oder Normaljahr im 21. Jahrhundert

## Konsequenzen für die Wasserwirtschaft in Unterfranken

„Unterfranken trocknet aus“, „Streit ums Wasser“, „Wassersparen ist angesagt“, „Willkommen in der Steppe Unterfranken“, „Deutscher Hitzerekordwert in Kitzingen“ oder „Dem Main geht die Luft aus“. Solche und ähnliche Überschriften fanden sich zu Hauf in der unterfränkischen Presselandschaft 2015. Erheblich zu warm und regional erheblich zu trocken, diese beiden Attribute kennzeichneten das Deutschlandwetter 2015. Auch 2016 gilt wieder als wärmstes Jahr seit Beginn der Wettermessungen. Von 17 überdurchschnittlich warmen Jahren traten 16 ab 1998 auf (siehe Grafik).

An dem Phänomen Klimawandel und der globalen Erderwärmung kann es keinen Zweifel mehr geben. Und dass der Mensch daran einen erheblichen Anteil hat, ist Fakt. Darin besteht die klare Erkenntnis des 11. Wasserforums der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ. Der Klimaforscher Professor Paeth von der Universität Würzburg geht noch einen Schritt weiter: „Wir in Unterfranken leben in einem Hotspot des Klimawandels.“ Dr. Jörg Neumann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt bestätigte dies: 25% weniger Niederschlag in 2015 bedeuteten sogar 40% weniger Grundwasserneubildung. Niedrigstände in den Grundwassermessstellen und Quellschüttungsminima waren die Folge.

Das ausgeprägte Trocken- und Hitzejahr 2015 war auch eine Herausforderung für die öffentliche Wasserversorgung. Es hat sich gezeigt, dass die Wasserversorgung in Unterfranken in der Regel gesichert ist. Allerdings mussten gerade bei den hohen Bedarfsspitzen im Sommer einzelne Gemeinden mit Sonder- und sogar Notmaßnahmen reagieren.



11. Wasserforum Unterfranken am 17. März 2016: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer diskutiert über Herausforderungen und Perspektiven des Klimawandels.

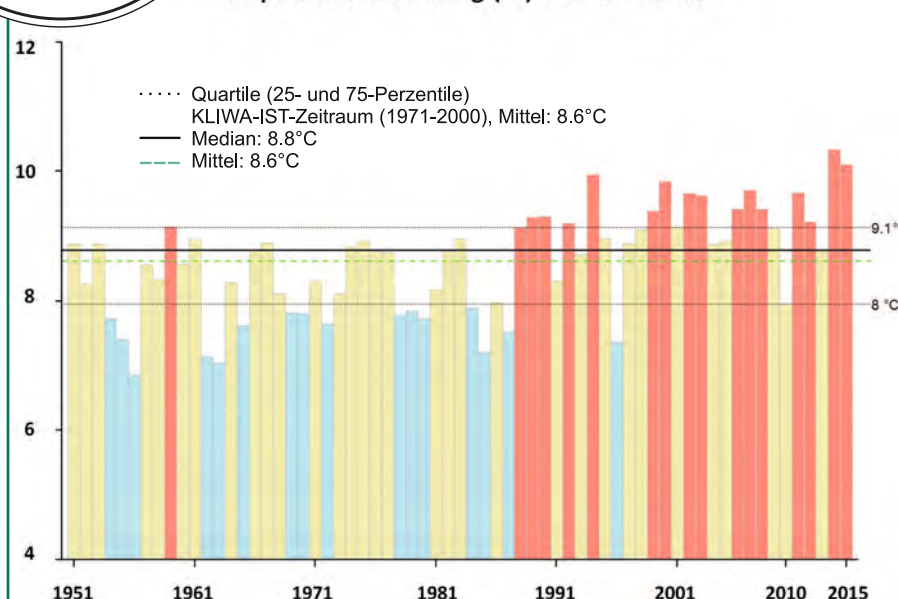
Alle Prognosen deuten auf eine Zunahme von Extremereignissen hin. Der Druck von konkurrierenden Nutzungen auf die in Unterfranken knappen Wasserressourcen wird steigen. Das Grundwasser, wichtigste Quelle für unser Trinkwasser, steht beispielsweise auch im Fokus eines in den nächsten Jahren voraussichtlich deutlich ansteigenden landwirtschaftlichen Bewässerungsbedarfs.

Die Regierung von Unterfranken entwickelt deshalb aktuell zusammen mit den Wasserwirtschaftsämtern, den Landwirtschaftsämtern, Kommunen und Wasser Nutzern vor Ort vorausschauende Handlungsempfehlungen, aber auch kurzfristige Maßnahmen im Sinne eines sogenannten Niedrigwassermanagements, um die nachhaltige Sicherung der unterfränkischen Wasserressourcen zu gewährleisten. Wachsam sein und frühzeitig Vorsorge treffen ist das Gebot der heutigen Zeit, das die Regierung von Unterfranken aufgreift.

Christian Guschker



Temperaturentwicklung (°C) in Unterfranken



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1365

E-Mail: [wasser@reg-ufr.bayern.de](mailto:wasser@reg-ufr.bayern.de)

Jahresmitteltemperatur in Unterfranken 1951 – 2015 (Quelle: LfU/ Dr. Jörg Neumann, 2016)

# Jubiläum im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön: Wir sind 25!

Ein Kind der deutschen Wiedervereinigung feierte 2016 Jubiläum: Unmittelbar nach der Wende stellten die Bundesländer Bayern, Hessen und Thüringen den gemeinsamen Antrag auf Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat. Mit Erfolg: Im Frühjahr 1991 wurde die Rhön von der UNESCO anerkannt.

25 Jahre gemeinsame Arbeit zum Erhalt der Rhöner Kulturlandschaft und der Artenvielfalt; 25 Jahre Forschen und Ausprobieren als Modellregion für nachhaltige Entwicklung sowie 25 Jahre engagierte Vereinsarbeit beim hessischen Verein Natur- und Lebensraum Rhön (VNLR) – das waren gute Gründe zum Feiern. 59 Veranstaltungshighlights wurden länderübergreifend ausgewählt, bei denen die Ideen des Biosphärenreservats für Rhöner und Gäste erlebbar wurden. Alte und neuere Partner des Biosphärenreservats Rhön teilten dabei zugleich Einsatz und Freude mit den Mitarbeitern der Verwaltungsstellen.



Foto: Arnold Morascher

*Stauend den Wildbienen auf der Spur: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer inmitten von Gästen und Juniorrangern beim Bundes-Juniorranger-Treffen in Hammelburg.*

Olaf Möller aus Thüringen mischten sich unter die Juniorranger und nahmen einen Tag lang am Zeltlager-Leben teil.

Bei einer Stationenralley lernten die Besucher dabei Jakob und Adele, das Hammelburger Storchenpaar kennen, setzten im selbstgebauten Floß über die Saale und erkundeten die wertvollen Lebensräume an den Muschelkalk-Hängen der Umgebung. Weitere Eindrücke des Zeltlagers sind nachzulesen auf dem Blog der Juniorranger unter <http://bundestreffen.tumblr.com/>.

So viele positive Eindrücke aus dem Jubiläumsjahr machen Mut und sind Ansporn für weitere Arbeit im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön. Aufgaben, Aktionen und Pläne für die Zukunft können unter [www.brrhoen.de](http://www.brrhoen.de) mitverfolgt werden.

Julia Rösch



Bunt wie die Themen waren auch die Veranstaltungsformate: Neben Aktionstagen, Führungen und Diskussionsforen waren auch Ausstellungen, Fortbildungsveranstaltungen für Lehrende und natürlich Feste und Märkte im Programm. Beim Bundes-Juniorranger-Treffen in Hammelburg waren im Mai 2016 rund 300 Kinder und Jugendliche sowie 97 Betreuer aus 22 Großschutzgebieten Deutschlands auf dem Zeltplatz Schloss Saaleck zu Gast. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatssekretärin Dr. Beate Tappeser aus Hessen und Staatssekretär

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1665

E-Mail: [brrhoen@reg-ufr.bayern.de](mailto:brrhoen@reg-ufr.bayern.de)



*25 Jahre, ein Programm: Michael Geier, Julia Rösch, Karl-Friedrich Abe, Torsten Raab und Dr. Hubert Beier (v. l. n. r.) stellten gemeinsam die Aktionen des Jubiläumsjahres vor.*

Foto: Dr. Tobias Gerlach



# Gewerbeaufsicht überprüfte Arbeitszeiten im Hotel- und Gastgewerbe mit positivem Ergebnis



Bayerische  
Gewerbeaufsicht

Von April 2015 bis einschließlich Januar 2016 überprüfte das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken im Rahmen des bayernweiten Projektes "Sozialer Arbeitsschutz im Hotel- und Gastgewerbe" 61 unterfränkische Betriebe. Das Augenmerk der Experten des Gewerbeaufsichtsamtes lag vor allem auf der Einhaltung der gesetzlichen Höchstarbeits-, Pausen- und Ruhezeiten für Erwachsene, Jugendliche und schwangere Mitarbeiterinnen.

Die Arbeit im Gastgewerbe ist unter anderem durch ungünstige Arbeitszeiten geprägt, die sich in geteilten Diensten, Nacht- und Sonntagsarbeit widerspiegeln. Überlange Arbeitszeiten und hohe Belastungen zu Stoßzeiten führen die Beschäftigten auf Dauer an ihre physischen und psychischen Grenzen. Um dies zu überprüfen wurde das Projekt gestartet.

Da im Hotel- und Gastgewerbe Arbeitszeiten über acht Stunden und die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen eher der Regel als der Ausnahme entsprechen und bei einem Großteil der Mitarbeiter in dieser Branche das Mindestlohngesetzes (MiLoG) anzuwenden ist, müsste sowohl nach dem Arbeitszeitgesetz als auch nach der Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung (MiLoDokV) eine

Aufzeichnung der Arbeitszeiten erfolgen. In 15% der überprüften bayerischen Betriebe wurde die tatsächliche Arbeitszeit nicht dokumentiert. In 18% aller Betriebe gab es Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen (z.B. Arbeitszeiten von mehr als 10 Stunden).

Für Arbeitskräfte unter 18 Jahren gelten die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. In 5% der Betriebe mussten die Beamten feststellen, dass die maximale Tagesarbeitszeit von achteinhalb Stunden für die dort beschäftigten Jugendlichen überschritten wurde. In etwa der Hälfte der Unternehmen mit Jugendlichen wurden diese nicht in der Gefährdungsbeurteilung berücksichtigt.

Für die Beschäftigung von Schwangeren sind die Vorgaben des Mutterschutzgesetzes anzuwenden. Der Arbeitgeber hat die Arbeitsbedingungen zu analysieren und für besonders belastende und gefährliche Tätigkeiten Maßnahmen bis hin zum Beschäftigungsverbot zu treffen. Hier gab es bei 5% der aufgesuchten Betriebe Mängel.

Um so erfreulicher war das Gesamtergebnis in Unterfranken:

Bei 75% der Betriebe gab es keine oder nur geringe Mängel. Dennoch waren auch Verstöße zu beobachten. Diese zeigten sich in drei Betrieben bei der Beschäftigung Erwachsener und in einem Fall bei der Beschäftigung von Jugendlichen so gravierend, dass Bußgeldverfahren eingeleitet werden mussten.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1810

E-Mail: gaa@reg-ufr.bayern.de



Helmut Reisbeck



# Gefahrguttransport im Gesundheitswesen



Ein sehr interessantes und interdisziplinäres Projekt hat die Bayerische Gewerbeaufsicht im Zeitraum April bis Oktober 2016 im Bereich Gefahrguttransport im Gesundheitswesen durchgeführt. Krankenhäuser und medizinische Labore transportieren im Rahmen ihrer Tätigkeit gelegentlich Blut- und Gewebeproben, die Krankheitserreger enthalten und zu den gesetzlich geregelten biologischen Arbeitsstoffen zählen. Geht der Transport vom Ort der Entnahme – Krankenhaus oder Arztpraxis – zum Analyselabor oder Entsorger über öffentliche Straßen, fällt er unter die Regelungen des Gefahrgutrechts (ADR, GGVSEB, GGBefG).

Die mit dem Transport auf öffentlichen Straßen verbundene Gefahr bei medizinischen Proben ist weniger offensichtlich als bei z.B. Propangasflaschen oder Schwefelsäure. Wenn die Proben jedoch hoch ansteckende Krankheitserreger enthalten, sind im Fall eines Unfalls und der Freisetzung der Krankheitserreger die Beteiligten (Fahrer, Helfer, Polizei- und Rettungskräfte) der Ansteckungsgefahr ausgesetzt.

Für ansteckungsgefährliche Stoffe gibt es eine eigene Gefahrgutklasse 6.2 und innerhalb dieser werden die Stoffe je nach Ansteckungspotential und Krankheitsfolgen in Kategorien A und B eingeteilt. Blut- oder Gewebeproben, die z.B. Ebola-Viren enthalten, gehören zu Kategorie A, in die Kategorie B werden Erreger wie z.B. Tuberkulose-Bakterien eingeordnet.

Transportiert man entsprechende Stoffe, müssen sie nach bestimmten Vorschriften verpackt und gekennzeichnet sein. Ferner müssen die Fahrer unterwiesen sein und entsprechende schriftliche Unterlagen zu den transportierten Stoffen sowie Schutzausrüstung

mitführen. Freigestellt von den Vorschriften sind Blut- und Gewebeproben, bei denen die Wahrscheinlichkeit, ansteckende Krankheitserreger zu enthalten, als minimal eingestuft wird. Die Einstufung nimmt das medizinische Fachpersonal der Einrichtung vor, in der dem Patienten die Proben entnommen werden.

Eine Vorgabe gilt aber für alle: jede medizinische Probe muss mindestens dreifach verpackt sein, die Verpackung muss aus einem oder mehreren wasserdichten Primärgefäßen, einer dicht verschlossenen und mit Polstermaterial gefüllten Sekundärverpackung und einer festen Außenverpackung bestehen.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung Unterfranken hat im Rahmen des durchgeführten Projekts die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen in verschiedenen unterfränkischen Einrichtungen des Gesundheitswesens überprüft. Der Großteil der überprüften Einrichtungen setzt auf Gefahrguttransport spezialisierte Dienstleister ein. Die Einrichtungen, die keine Dienstleister einsetzen, beschäftigen eigene Fachleute, die den Gefahrguttransport überwachen.

Christina Schmiedel

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1821

E-Mail: dezernat1b@reg-ufr.bayern.de



Kennzeichnung der Gefahrgutklasse 6.2  
Quelle: ADR 2017

Petrischalen mit Bakterien: Staphylokokken



Das Abbrennen von Feuerwerken erfreut sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Die Weiterentwicklung der Pyrotechnik ermöglicht zunehmend Privatpersonen sowie den beruflichen Feuerwerk-Fachleuten die Aufführung von immer spektakuläreren Feuerwerken am Nachthimmel. Im Schatten der am Himmel veranstalteten Feuerwerkskunst (griechisch Pyr = Feuer und Techné = Kunst) stehen aber auch Menschen, die nicht durch das farbenfrohe Spektakel inspiriert werden und sich bei den zuständigen Behörden beschweren.

Der Umgang und Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen unterliegt den gesetzlichen Vorgaben des Sprengstoffgesetzes mit seinen Verordnungen. Die Überwachung der sprengstoffrechtlichen Maßgaben obliegt den bayerischen Gewerbeaufsichtsämtern.

Der Gesetzgeber erlaubt Personen über 18 Jahren zum Höhepunkt des Jahreswechsels am Silvester- und Neujahrstag Feuerwerke der Kategorie 2 abzubrennen.

Möchte man anlässlich eines Geburtstages oder einer Hochzeitsfeier aber unter dem Jahr ein Feuerwerk zünden, so bedarf es einer Ausnahme vom gesetzlich festgelegten Abbrennverbot. Ansprechpartner und Genehmigungsbehörde sind die Kommunalverwaltungen, in deren Gebiet das Feuerwerk steigen soll.

Der gewerbliche Pyrotechniker ist gesetzlich verpflichtet, dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt fristgerecht sein geplantes Feuerwerk anzuzeigen. Wesentliche Prüfpunkte der Gewerbeaufsicht sind die



*Kugelbomben, die Feuerwerk-Fachleute verwenden*

im Anzeigeverfahren mitgeteilten Angaben zu Art und Umfang des Feuerwerks, Kalibergröße, Steighöhe und Abschusswinkel der verwendeten Kugel- oder Zylinderbomben. Auch die Absperrrmaßnahmen am Abbrennplatz und Schutzabstände zu Zuschauern und Sachgütern werden überprüft. Bestehen keine Einwände, so darf der Pyrotechniker ohne weiteren erforderlichen Genehmigungsbescheid das Feuerwerk abbrennen. Belange des Umwelt- und Naturschutzes oder immissionsschutzrechtliche Maßgaben muss das Feuerwerks-Unternehmen mit den zuständigen Behörden vor Ort abklären.

*Foto: Jürgen Mattis*



Durch die immer beliebteren Privat-Feuerwerke unter dem Jahr und den nahezu doppelt so vielen gewerblichen Feuerwerken in Unterfranken – gegenüber noch vor zehn Jahren – nehmen auch die Rückfragen von Kommunen und Privatpersonen deutlich zu. Durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden vor Ort und einer konstruktiven Aufklärung gegenüber den Betroffenen kann das Gewerbeaufsichtsamt immer wieder Lösungen in Bezug auf das Abbrennen von Feuerwerken erzielen, die die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigen. Die Feuerwerkerei wird auch künftig für das Gewerbeaufsichtsamt ein anspruchsvoller und arbeitsintensiver Aufgabenbereich bleiben.

Gerald Grötsch

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1837

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)

# Arbeitsschutz auf der Großbaustelle A 3

Von den Besonderheiten einer Linienbaustelle



Die Bundesautobahn A3 ist eine Fernstraße europäischen Ranges, die quer durch Unterfranken verläuft. Die Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre vierspurig gebaute Autobahn ist dem heutigen Verkehrsaufkommen und den Belastungen nicht mehr gewachsen. Seit Mitte der 1990er Jahre wird demzufolge am sechsspurigen Ausbau gearbeitet. Aktuell, im Dezember 2016, wird an sechs Streckenlosen in Unterfranken gebaut. Auf den insgesamt 39 Kilometern Linienbaustelle sind dabei nicht weniger als vierzig Brücken und Unterführungen bei laufendem Verkehr abzubauen und neu zu erstellen.

Das Gewerbeaufsichtsamt führt deshalb regelmäßige sicherheitstechnische Besichtigungen dieser Baustellen durch. Neben den Bauwerken liegt dabei ein Schwerpunkt auf dem Streckenbau und den Schnittstellen zwischen beiden Bereichen. So müssen in bestimmten Losabschnitten zum Teil Millionen von Kubikmetern Fels und Erdreich abgetragen und an anderer Stelle wieder eingebaut werden. Wegen der oft schwierigen Topografie, speziell im Spessart, stellt dieser Massentransport alle Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Dies gilt umso mehr, da in der Regel die Brücken gleichzeitig halbseitig abgebrochen und wieder neu gebaut werden müssen. Dadurch sind wichtige Zufahrts-, teils sogar Kreisstraßen über einen längeren Zeitraum gesperrt.



*Schwierige topographische Verhältnisse beim sechsspurigen Ausbau der A3 im Spessart*

Gewohnte Verkehrswege sind dann nicht mehr befahrbar, temporär entstehen neue Wege. Oftmals ist es erforderlich aufwendig Baustraßen oder Umfahrungen von Bauwerken für den Massentransport zu bauen. Hierin liegt ein weiteres Problem. Auf der einen Seite hinterlassen die tonnenschweren, geländegängigen Dumper ihre Spuren auf den teils steilen Transportwegen. Auf der anderen Seite aber muss die Erste Hilfe und Rettung von jedem Ort der Baustelle



*Beschilderung der Rettungspunkte entsprechend des Rettungsplans*

sicher gestellt sein. In Zusammenarbeit mit Bauherren, Bauunternehmen, Polizei und Rettungsdiensten werden deshalb für jedes Streckenlos Rettungspläne erstellt. In diesen Plänen sind Rettungspunkte mit den genauen Koordinaten und Zufahrtsrouten festgelegt. Diese Informationen werden dem Baufortschritt entsprechend ständig aktualisiert und bei den Einsatzzentralen der Rettungsdienste hinterlegt.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass erforderlichenfalls jeder Beschäftigte auf den Baustellen einen präzisen Notruf absetzen kann und die Rettungsdienste auf schnellstmöglichem Weg die Unfallstelle erreichen. Leider musste die Rettungskette auch schon einige Male nach Arbeitsunfällen aktiviert werden. In jedem Fall haben die Erste Hilfe und der Abtransport der Verletzten vorbildlich funktioniert, was den Erfolg im Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Baustellen-sicherheit unterstreicht.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1830

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)

Lothar Schliör

# Sicher rauf und runter

Jeder nutzt sie und der ein oder andere hat sich vielleicht schon einmal Gedanken über ihre Sicherheit gemacht: Aufzugsanlagen.

Die „Betriebssicherheitsverordnung“ ist hierfür die rechtliche Grundlage. Ein wesentlicher Aspekt für den sicheren Betrieb von Aufzügen ist die regelmäßige Überprüfung durch Sachverständige, sogenannter „Zugelassenen Überwachungsstellen“.

Erkennbar ist das durch eine Prüfplakette, die jetzt in der Kabine der Aufzugsanlage angebracht sein muss. Hier kann jeder Nutzer den Monat und Jahr der nächsten wiederkehrenden Prüfung ablesen. Fehlt eine solche Prüfplakette oder ist der Termin abgelaufen, sollten Sie das hinterfragen. Sie können sich diesbezüglich gerne an uns als Überwachungsbehörde wenden.

Damit im Falle des Steckenbleibens der Aufzugsanlage schnell gehandelt werden kann, ist ein Notrufsystem mit Anbindung an eine ständig besetzte Stelle erforderlich. Klingeln, die nur die nähere Umgebung alarmieren, sind nicht mehr zulässig. Für Altanlagen gibt es hier eine Nachrüstverpflichtung bis 31. Dezember 2020.

Für eine Befreiung von eingeschlossenen Personen ist ein Notfallplan anzufertigen und beim Notdienst zu hinterlegen.

Neben Angaben zu Standort und Verantwortlichen sind im Notfallplan Personen aufgeführt, die Zugang zu allen Einrichtungen haben und die die Befreiung der Eingeschlossenen vornehmen können. Auch Angaben zu Personen, die Erste Hilfe leisten können (Arzt, Feuerwehr) sind dort zu finden.

Es sollte nicht mehr als 30 Minuten dauern, bis mit der Befreiung der Eingeschlossenen begonnen wird.

Falls kein Notdienst vorhanden ist, muss der Notfallplan in der Nähe der Aufzugsanlage angebracht werden.

Damit Sie sicher rauf und runter kommen, werden wir von den Sachverständigen über Mängel an den Aufzugsanlagen informiert und führen auch eigene Stichprobenkontrollen durch.

Wir wünschen Ihnen allzeit gute Fahrt mit den Aufzugsanlagen.

Rudolf Lemmich

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1841

E-Mail: dezernat3@reg-ufr.bayern.de



Aufzugsanlage

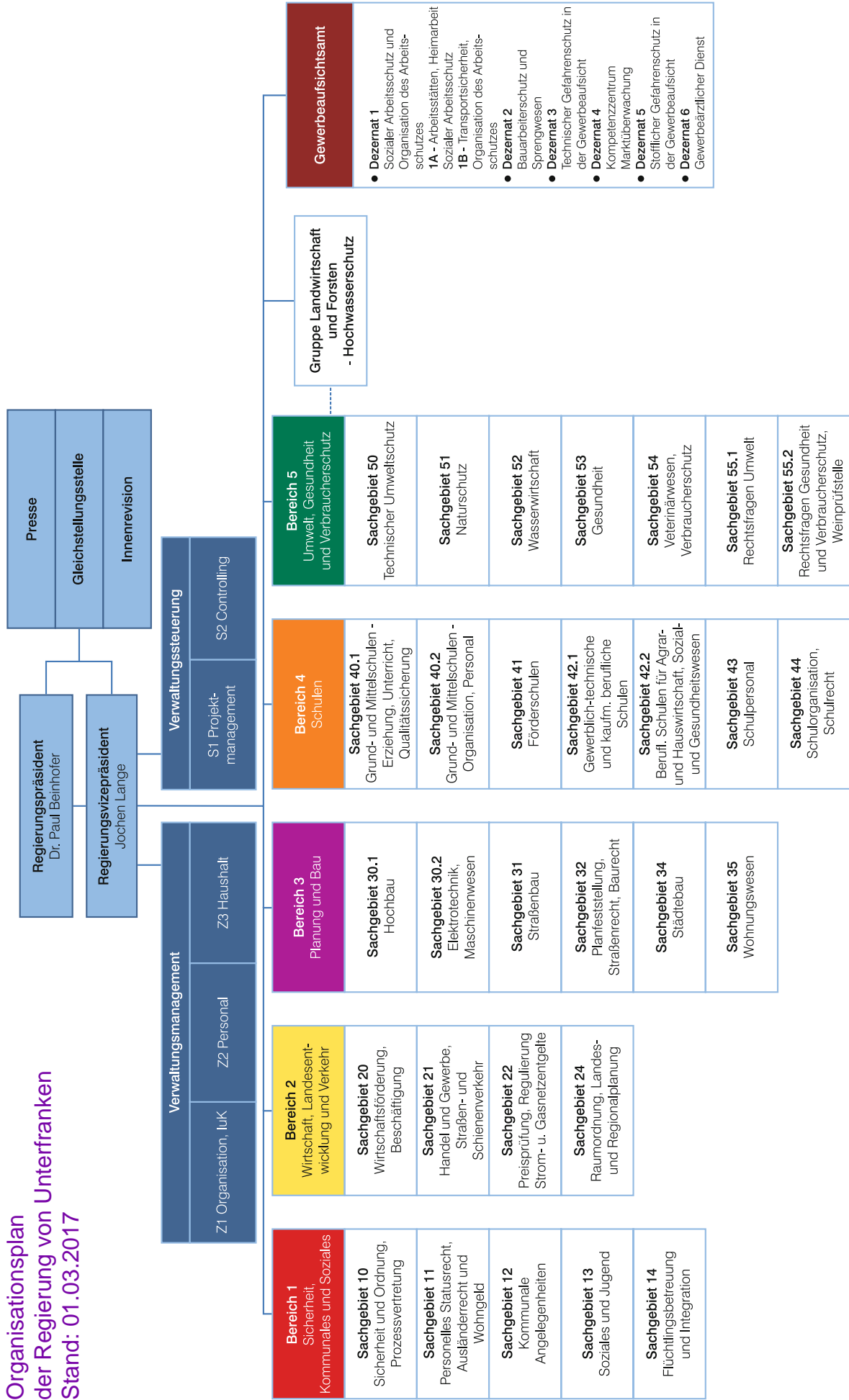


Prüfplakette

Notfallplan



# Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.03.2017





Weinfest in Marktbreit



Blick vom „Würzburger Stein“



Größte Feuerwehrübungshalle Deutschlands in der Würzburger Zellerau  
Foto: Staatliches Bauamt Würzburg



Regierung von Unterfranken  
Foto: Staatliches Bauamt Würzburg



Die Trimburg bei Elfershausen  
Foto: Landratsamt Bad Kissingen



Przewalski-Stuten auf der „Schweinheimer Exe“



#### Redaktioneller Hinweis zur Verwendung der männlichen und weiblichen Schreibform

Um auch unter der Maßgabe der guten Lesbarkeit flüssige und gut erfassbare Texte für unsere interessierten Leser anzubieten, haben wir nicht in jedem Fall gleichzeitig männliche und weibliche Sprachformen verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten selbstverständlich für beiderlei Geschlecht.



### Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon: 0931/380-00  
Fax: 0931/380-2222  
E-Mail: [poststelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ufr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Jeannette Mathy, Johannes Hardenacke  
Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich  
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht  
anders vermerkt

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten